Bibl. Hohenzollern 3

P
III
R

Für deutschen Sieg und deutschen Frieden

Von

E. W. Ernst, Brandenburg a. H.

Zweite Auflage.

„Wenn ich glaube, daß das Vaterland mit seiner Politik vor einem Dumpje steht, der besser vermieden wird und ich kenne den Dumpf und die anderen treten sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es fast Verrat, wenn ich schweige."

Bismarck 2. Mai 1891.

Brandenburg a. Havel
J. Wiesikes Buch- und Kunstdruckerei
1917.

20	Pfg.	das	Stück		bei	500	und mehr Exe
25	„	„	„	bei	mehr	als	300—500
32	„	„	„	„	„	„	100—300
35	„	„	„	„	„	„	50—100
38	„	„	„	„	„	„	10— 50
40	„	„	„	„	„	„	1— 10

Für deutschen Sieg und deutschen Frieden

Von

E. W. Ernst, Brandenburg a. H.

Zweite Auflage.

Brandenburg a. Havel
J. Wiesikes Buch- und Kunstdruckerei
1917.

Wie in einem Vortrage des letzten Friedensjahres — wie so unendlich lange, so scheint es uns, liegen diese Zeiten zurück — möchte ich der vorliegenden Schrift den schönen, alten Spruch voranstellen: „Mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich." Welcher wahrhaft deutsche Mann hätte in diesen schweren Kriegszeiten wohl nicht die Notwendigkeit erkannt, mit allen Kräften einzutreten für Stärkung der Gottesfurcht, für Erhaltung der Liebe und Treue zum Hohenzollernhause und allen deutschen Fürsten, für Gedeihen unseres preußischen Staates und des ganzen deutschen Vaterlandes. Eine furchtbare Prüfung ist uns auferlegt, wir haben sie bisher bestanden, und wir werden sie vollends bestehen, wenn wir standhaft bleiben: „Nur in schwülen Prüfungsstunden sproßt die Palme, die den Sieger krönt."

Die innerpolitischen Verhältnisse waren in den letzten Friedensjahren recht betrübender Art. Erinnern wir uns der Vorgänge fast unmittelbar vor Ausbruch des Krieges; der häßlichste war wohl die von militärfeindlichen Elementen zur Freude des Auslandes so entstellte Zabern-Angelegenheit und die anschließenden unwürdigen Erörterungen im Reichstage, denen allein die konservativen Fraktionen entgegentraten, auch den gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gerichteten Tadel ablehnten. Die Sozialdemokratie begnügte sich nicht mit ihren gegen das Heer zielenden, maßlosen Angriffen in Reichstag und Presse, nein, auch in sogenannten Protestversammlungen ließ sie ihrer Abneigung gegen die Armee ungezügelten Lauf. Dazu die immer dreister hervortretenden Angriffe gegen die monarchische Verfassung — unsere damals den Krieg noch vorbereitenden Feinde rieben sich die Hände! Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, „wie war denn das nur möglich?" Und doch, wie ist selbst heute die innerpolitische Lage! Draußen an allen Fronten steht es glänzend dank der unvergleichlichen Führung und der Tapferkeit unserer teuren Brüder, dem Volk in Waffen, von denen so viele Tausende und aber Tausende ihre Gesundheit, ihr Leben hingegeben haben für ihren Kaiser, für ihr Vaterland, für uns. Wie anders hier in der Heimat! — Als mehr und mehr jener Teil des deutschen Volkes die Gemüter zu ver-

wirken drohte, der einem schwächlichen, um nicht zu sagen einem schmachvollen Frieden das Wort redete, da traten in Berlin patriotische Männer auf, um sich zur Abwehr zusammenzuscharen. Sie schufen den „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden", der kürzlich durch die **Deutsche Vaterlandspartei** erweitert worden ist. In steter Dankbarkeit wird das deutsche Volk der Begründer des **Unabhängigen Ausschusses**, die sich um unser teures Vaterland ein so großes Verdienst erworben haben, gedenken. Allen Anfeindungen und Gegenströmungen zum Trotz sind sie und mit ihnen Hunderttausende einsichtiger Vaterlandsfreunde ihren Weg gegangen, der, so Gott will, zu einem Frieden führt, der uns Sicherheit gibt gegen einen neuen ruchlosen Ueberfall. Aber noch müssen auch wir hier in der Heimat darum ringen, dafür kämpfen gegen eine Minderheit im deutschen Volk, deren Wortführer die Reichstagsabgeordneten **Erzberger, Scheidemann**, Hausmann und Blätter wie die **„Frankfurter Zeitung"**, das **„Berliner Tageblatt"**, der „Vorwärts" sind. Ihnen hat sich ein gekränkter Prinz, Hohenlohe, angeschlossen, der seine gegen das eigene Vaterland gerichteten Angriffe in Schweizer Blättern veröffentlicht.

Die Männer vom Unabhängigen Ausschuß und von der Deutschen Vaterlandspartei vertreten den Standpunkt, daß die künftige Wohlfahrt und Sicherheit des deutschen Volkes einzig und allein erreicht werden kann durch einen vollen Sieg, in erster Linie durch die Niederringung Englands. Dieses Sieges und damit eines Friedens, wie ihn unser Volk verdient, eines starken deutschen Friedens mit all seinen Wohltaten könnten wir uns längst erfreuen, wäre der Siegeswille nicht behindert, sei es durch Nachgiebigkeit gegenüber unehrlichen Neutralen, sei es durch Unterstützung von Bestrebungen, die besonders durch den Abgeordneten Scheidemann vertreten werden. Es ist bekannt, daß unsere Feinde geradezu darin wetteiferten, die Antwort auf unser Friedensangebot vom Dezember vorigen Jahres in die denkbar niederträchtigste und beleidigendste Form zu fassen. Indes, Böses hatten sie gewollt, aber Gutes gestiftet: Aus den Kundgebungen, die von den Oberhäuptern der deutschen Bundesstaaten und Städte, von Vereinen und Korporationen aller Art an unseren Kaiser gelangten, haben die übermütigen Feinde erfahren, wie unklug sie handelten. Der Furor teutonicus, die deutsche Kraft, das deutsche Ungestüm war von den Feinden mit ihrer ebenso frechen wie heuchlerischen Antwort ungewollt heraufbeschworen, unser Heer stürzte sich auf allen Fronten mit verstärktem Grimm auf die Feinde, als diese die Offensive ergriffen, sie haben den Furor teutonicus mit Entsetzen gespürt und mancher unter ihnen bereut zweifellos, die zum Friedensschluß ausgestreckte Hand zurückgestoßen zu haben. Doch das teuflische England hält seine Vasallen in seinem Bann: „Verflucht ist, wer mit dem Teufel spielt." Ein stiller, aber eifriger Teilhaber Englands an seinem blutigen

Geschäft war von Anfang an Nordamerika. Als unser hochherziger Kaiser zu Beginn des Krieges an den Präsidenten **Wilson** das Ersuchen richtete, die Verwendung von Dumdumgeschossen zu verhindern, wies Wilson das schroff zurück. Das war deutlich! So waren wir uns von Anfang an über die wahren Gefühle dieses unwürdigen Vertreters eines großen Staates im Klaren. Es folgten die sattsam bekannten Noten, endlich die Niederboxungsrede, durch die Herr v. Bethmann Hollweg sich zum vollen Rückzuge drängen ließ, trotz der gesucht beleidigenden Form und trotz der unverhüllten Absicht Wilsons, zugunsten Englands und seiner Vasallen einzugreifen. Inzwischen hatte der Abgeordnete **Scheidemann** leider mehr und mehr Einfluß auf den Kanzler gewonnen. Herr v. Bethmann Hollweg ließ Herrn Scheidemann gewähren; dieser zog von Stadt zu Stadt mit der Absicht, den Siegeswillen im deutschen Volk zu untergraben. Er suchte den Eindruck zu erwecken, als ob er seine entmutigenden Reden mit Einverständnis, ja im Auftrage des Reichskanzlers hielt. Man glaubte das um so mehr, als man wußte, daß Herr v. Bethmann Hollweg sich auf die Partei des Herrn Scheidemann stützte, ausgerechnet die Partei, welche mitschuldig ist am Kriege; hatten doch ihre Führer in Wort und Schrift, in Volksversammlungen und von den Parlamentstribünen herab unausgesetzt in die Welt hinausgeschrien, die Zustände in Deutschland seien trostlos, Deutschland stehe vor dem Zusammenbruch. Das stärkte die Kriegslust unserer Feinde, glaubten sie doch, daß die Sozialdemokratie den Waffendienst verweigern, die Revolution entfesseln könnte. Und nun spielt sich der Genossenführer Scheidemann als Retter Deutschlands auf, nennt alle, die einen deutschen Sieg wollen, Narren! Dieser deutsche Reichstagsabgeordnete verstieg sich in einer anderen Rede zu der Behauptung: „Ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich sei nur möglich gewesen infolge der Annexion Elsaß-Lothringens". Weiß der Abg. Scheidemann nicht, daß uns Frankreich vor langen Jahren das Elsaß gestohlen hat, daß die **Raubgelüste Frankreichs** auf deutsches Land seit Jahrhunderten bestehen?! Der Rhein soll die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bilden, so will es Frankreich seit Jahrhunderten! Scheidemann verschließt die Augen vor der Tatsache, daß Frankreich, auch wenn es 1871 das Elsaß nicht hätte herauszugeben brauchen, doch niemals von seinen Rachegedanken gelassen hätte, weil es bei seiner an Wahnsinn grenzenden Eitelkeit die Niederlage von 1870/71 doch nicht hätte verwinden können. **Gneisenau** schrieb 1815: „Haben wir Deutsche das Recht, so verschwenderisch mit dem Blut unserer Völker zu sein, daß wir leichtsinnig auf neue Kriege es ankommen lassen dürfen? Und ist die Stärke, worin wir Frankreich lassen wollen, nicht etwa eine solche Anreizung zu neuem Kriege? Der Verlust von ein paar Provinzen mehr wird seinen Durst nach Rache um nichts vermehren, da es durch den bereits erlittenen Verlust genug erbittert ist, aber

die Entreißung der in diesen Provinzen gelegenen Festungen allein ist geeignet, seine Angriffe abzustumpfen und es zu ermüden. Europa kann aufs neue in die alte Gefahr geraten. Die Vorwürfe aller rechtlichen Leute werden diejenigen treffen, die zu einem solchen Zustand der Dinge geraten haben." — Es ist bei der ganzen Selbstgefälligkeit und Ueberhebung des Herrn Scheidemann nicht verwunderlich, daß dieser deutsche Volkstribun sich für so mächtig hält, einen — „Aufstand der Massen" in Szene setzen zu können. So drohte — da das deutsche Volk, von Feinden umstellt, um seine Existenz ringt! — ein deutscher Volksvertreter! Und dem französischen Volk rief er zu: „Frankreich sollte nur wissen, wie billig es einen Frieden haben kann; alles bleibt so, wie es vorher war, auch trägt jeder **seine eigenen Lasten.**" Gewiß, tragen kann das deutsche Volk auch selbst die ungeheuren **Kriegslasten,***) indes die Volkswirtschaft wird darunter so leiden, daß die Machtstellung Deutschlands für alle Zeiten gebrochen ist. **Dieses Wort Scheidemanns** ist geradezu Verrat am Volk und besonders an der ärmeren Klasse. Die Steuerlasten werden unerschwinglich sein, so daß die von der Sozialdemokratie so gehaßten Kapitalisten nicht mehr imstande sein werden, ihre Werke in der alten Weise weiterzuführen, die Arbeiter ausreichend zu entlohnen. Viele Betriebe müssen aufhören! Nicht mehr Arbeitermangel, sondern Arbeitsmangel wird zu beklagen sein, die finanzielle Leistungsfähigkeit wird allgemein zurückgehen, dadurch naturgemäß die Landwirtschaft schwer betroffen werden. Die Zeit der Abwanderung ins Ausland wird wiederkommen, kurz: das deutsche Volk wird, wie es unserer Feinde Wille ist, zum Heloten voll herabsinken. „Daily Chronicle" schrieb: „Die arbeitenden Klassen Deutschlands werden in Zukunft für fremde Regierungen zu arbeiten haben. Verschiedene Gruppen des deutschen Volkes müssen zur Strafe ohne Entgelt **Sklavenarbeit** leisten." Senator Charles Humbert sagte im Pariser „Journal": „Deutschlands Bergwerke, seine Fabriken, seine Werften werden umsonst Kohlen, Stahl, Schienen, Lokomotiven, Waggons, Maschinen, Schiffe liefern müssen. Als Sklaven werden wir die Rasse der Deutschen behandeln, die davon träumen, die Welt tyrannisch zu beherrschen." **Verarmung und Niedergang** des ganzen deutschen Volkes wären die Folgen eines Scheidemann-Friedens. Der Arbeiterstand würde am meisten leiden. Um so unverständlicher ist das Auftreten des Abgeordneten Scheidemann, als seine Partei — allerdings ohne jede Berechtigung — behauptet, nur sie nehme die Interessen der Arbeiter wahr.

*) Wenn der Staatssekretär a. D. **Dr. Ternburg** jüngst behauptete, „der deutsche Kredit sei im Ausland durch das Gerede alldeutscher Kreise von der Unmöglichkeit der Tragung der Kriegslasten geschädigt worden", so versucht der Genannte damit nur die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß diese Schädigung nur die ganz natürliche Folge der Friedensdemonstrationen gewisser deutscher Kreise ist. Das Ausland erblickt eben in diesen Friedensdemonstrationen das Eingeständnis Deutschlands, aus dem Kampf nicht als Sieger, sondern als Besiegter hervorzugehen.

Nein, unsere Arbeiter wie das ganze deutsche Volk sollen nach den schweren Zeiten der Not nicht noch weitere lange Jahre entbehren, **in Fronarbeit** für die Völker, die uns überfallen haben. Sie sollen vielmehr, wie vor dem Kriege, möglichst sorgenlos ihrer Arbeit, ihren Familien leben. Und sie, die da draußen in Feindesland waren, sie haben gehört und gesehen, wie rückständig andere Völker sind! Wie oft haben mir unsere Feldgrauen, die im Kampfe standen, fremde Völker, ihre Sitten kennen lernten, versichert, sie hätten gar nicht gewußt, wie gut sie es im deutschen Vaterlande hatten, wie für sie in jeder Hinsicht gesorgt sei. Diese Erkenntnis hat manchem Sozialdemokraten die Augen geöffnet; harte Worte sprachen sie über jene Leute, in denen sie bis dahin ihre Führer, ihre Wohltäter erblickten. — Die „Lorbeeren" des Herrn Scheidemann ließen seinem Reichstagskollegen von der Zentrumspartei, dem geschwätzigen und geschäftigen Herrn Matthias **Erzberger**, keine Ruhe: Er schloß sich ihm an und so entstand der eigenartige Bund zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum, verstärkt durch die fortschrittliche Volkspartei und sonst noch links stehende Gruppen. Das Verhalten dieser Volksvertreter fordert den schärfsten Widerspruch heraus. Ueber Herrn Erzberger lesen wir in der „Unabhängigen National-Korrespondenz" vom 28. August 1917 ein sehr abfälliges Urteil, Graf Oppersdorff lehnt ihn noch weit energischer ab. Und als der Abgeordnete Graf Westarp Herrn Erzberger im Hauptausschuß aufforderte, zu erklären, was er mit seiner Aeußerung meine, „man möge ihn nur mit Lloyd George an einen Tisch setzen, er würde sich in einer Stunde mit dem englischen Staatsmann verständigen" — da schwieg der sonst so redselige Herr Erzberger! Auch mit Herrn Scheidemann müssen wir uns noch des näheren befassen. Scheidemann war es, der im Reichstage, also unter dem Schutze der Immunität, das Wort von dem „erblichen Wortbruch der Hohenzollern" sprach! Keiner, selbst der Amerikaner Wilson, hat je eine frechere Beleidigung gegen unser Herrscherhaus und damit gegen das ganze deutsche Volk geschleudert. Und dieser selbe Mann hatte den Mut, der Einladung eines Ministers zu folgen, obwohl ihm bekannt war, daß er da dem höchsten lebenden Vertreter der von ihm so frech geschmähten Dynastie begegnen würde. Welch eine Größe der Gesinnung aber bekundete wiederum unser Kaiser, als er es nicht verschmähte, diesem Manne die Hand zu reichen. Der Republikaner Scheidemann aber hatte, als ihm die Unterredung mit Sr. Majestät von seinen Genossen zum Vorwurf gemacht wurde, für die ihm erwiesene Ehre nur die kalten Worte: „Wir sind doch keine Rüpel und Zulutaffern; wenn wir eingeladen werden, weisen wir als höfliche (!?) Leute die Einladung nicht zurück." War aber sein unter dem Schutze der Immunität gesprochenes Wort vom „erblichen Wortbruch" nicht schlimmer als Rüpelei?! Es war auch eine Unwahrheit! Auch von einem anderen „schönen" Charakter-

zuge des sozialdemokrotischen Führers sei hier erzählt: Herr Scheidemann beschuldigte Herrn Geheimrat Duisberg, die Entlassung des verdienten Generals Groener herbeigeführt zu haben; die verlangten Beweise erbrachte er nicht, dagegen mußte er eine „sehr eilige" Reise antreten. Die sozialdemokratische Presse veröffentlichte mit Behagen den Scheidemannschen Anwurf, nicht jedoch die klare, jeden Zweifel ausschließende Antwort des Herrn Geheimrats Duisberg. Ein Zusatz erübrigt sich. Liegt nicht auch eine schwere Beschuldigung des eigenen Volkes in seinem schon erwähnten Wort von der „Annexion" Elsaß-Lothringens? Angesichts der Haltung des Herrn Scheidemann und seiner Freunde sei daran erinnert, daß man in England schon lange vor Kriegsausbruch große Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie setzte. Mit unverhohlener Freude verfolgte man in England den Ansturm gegen das preußische Wohlrecht und gegen das Heer, man erwartete davon eine Schwächung unserer Wehrmacht. So schon vor dem Kriege! Und nun, ohne Rücksicht auf unsere todesmutigen, nie müden Kämpfer — so mancher Sozialdemokrat ist unter ihnen — geht Herr Scheidemann Arm in Arm mit Herrn Haußmann und Herrn Erzberger seinen Weg! Wie schöpfte man bei den schon verzogten Feinden neue Hoffnung, besonders, als der Abgeordnete Scheidemann von der Reichstagstribüne mit der Revolution drohte.*) Da mußte der Reichskanzler Herrn Scheidemann, diesen von überspanntem Machtbewußtsein erfüllten Volksvertreter, mit voller Energie zurückstoßen: **„Ein Appell an die Furcht findet im deutschen Herzen kein Echo"** — so sprach einmal Otto v. Bismarck! Mit allem Recht können wir behaupten, daß die Führer der Sozialdemokratie mitschuldig sind am Ausbruch des Krieges, so, auch an seiner Verlängerung. Das hat auch der Abgeordnete v. Zedlitz-Neukirch, als die sozialdemokrotischen Abgeordneten Hofer und Ströbel Februar 1917 wieder einmal eine ihrer wüsten Hetzreden gehalten hatten, betont. „Diese Klassenverhetzung", so führte Herr v. Zedlitz-Neukirch aus, „würde im Auslande den Eindruck der inneren Zerrüttung in Deutschland wieder erwecken, der vor Beginn des Krieges zum Teil unter Mitwirkung von Herrn Ströbel und seinen Genossen im Auslande entstanden war und so wesentlich zum Ausbruch des Krieges beigetragen hat. Wer jetzt in dem Auslande den Eindruck solcher inneren Zerrüttung hervorruft, der stärkt den Kampfesmut unserer Gegner, der läßt sie die einzige Hoffnung, die sie haben, wachhalten, daß unsere innere Kraft zur Durchführung des Krieges nicht ausreiche. Wer aber, meine Herren, so die Geschäfte des Feindes macht, der begeht, wenn er auch nicht will, tatsächlich und objektiv Landesverrat." — Es sei hier eine Erinnerung an ähnliche Umtriebe während

*) 1913 erklärte Herr Scheidemann in Paris: „Wir werden in einem kommenden Kriege nicht schießen." (!!)

des Krieges von 1870/71 aufgefrischt: Der schon aus dem Jahre 1848 unrühmlich bekannte Abgeordnete Joh. Jacoby hatte sich 1870 gegen deutsche Eroberungspläne, besonders gegen die Rücknahme von Elsaß-Lothringen, gewandt, gerade zu einer Zeit, als Bismarck über einen Waffenstillstand unterhandelte. Bismarck aber war überzeugt, daß Jacoby die Franzosen durch seine franzosenfreundliche Rede zum Widerstande veranlaßt habe. Kurzerhand ließ Bismarck diesen gefährlichen Volkstribunen auf die Festung Lötzen bringen, wo er über sein undeutsches Verhalten nachdenken konnte, bis er ungefährlich geworden und vergessen war. Herr von Bethmann Hollweg aber ließ Scheidemann und Gefolgschaft reden, was sie wollten, waren es doch seine Elitetruppen, er förderte sie unter Brüskierung der Männer, die von jeher die zuverlässigsten Stützen von Thron und Altar waren und auch bleiben werden. Für den monarchisch gesinnten Teil des Volkes, und das ist die Mehrheit, ist die Erhaltung einer starken Monarchie gleichbedeutend mit dem Bestand des Reiches. Beides, Monarchie und Reich, ist aber in Frage gestellt, wenn Deutschland einen Frieden nach dem Willen der Abgeordneten Erzberger, Haußmann, Scheidemann schließt. Unser Kaiser und seine Paladine Hindenburg und Ludendorff haben uns oft genug gesagt: „Wir siegen, doch ihr da in der Heimat werdet nicht klein, halter aus, es geht ums Ganze, es geht auch um eure Kinder und Kindeskinder." Lassen wir jetzt nach, schließen wir einen faulen Frieden, dann ist alles verloren, auch die Ehre! Um der **trügerischen Hoffnung** willen, daß mit Beendigung des Krieges alle Sorgen, alle Entbehrungen überwunden seien. Welche Täuschung! Die Folgen eines faulen Friedens, eines Schmachfriedens würden unabsehbar sein, ja, es würde das größte Elend über das ganze Volk hereinbrechen. Unsere unvergleichlichen Truppen haben alle Anstrengungen der Feinde zuschanden gemacht trotz der furchtbaren Vernichtungswerkzeuge, zu deren Herstellung unsere Gegner ihr ganzes Wissen und Können hergegeben haben. Auch in der Zahl ihrer Streiter sind uns die Feinde weit überlegen. Aber trotz dieser Ueberlegenheit und trotz Aufwendung von Munition in ungeahnter Menge, — die Energie, der Siegeswille unserer Kämpfer war und ist nicht zu brechen. Und da sollen wir in der Heimat verzagen, Männern wie Erzberger und Scheidemann folgen?!

Der frühere Reichskanzler unterstützte, wie schon gesagt, die Kriegs- und Friedensziele der Sozialdemokratie; infolge seiner Nachgiebigkeit entfesselte er auch den Kampf um das preußische Wahlrecht. Die „Mehrheits"-Parteien ihrerseits bemühten sich, Herrn v. Bethmann Hollweg im Amt zu halten, solange es ihnen nützlich schien. Endlich war es Herr Erzberger selbst, der seinem Gönner den Abgang von der politischen Bühne erleichterte. Entgegen der Freude im deutschen Volk löste der Kanzlerwechsel bei unseren Feinden schwere Befürchtungen aus, weil sie von dem neuen

Kanzler eine kräftigere Politik erwarteten. Unter seinem Vorgänger schien es manchmal, als ob bei uns Präsident Wilson oder Herr Scheidemann, nicht der deutsche Reichskanzler die Führung hatte. Die Zeiten sind vorüber. Allerdings zu der englischen Skrupellosigkeit wird sich kaum jemals ein deutscher Staatsmann verstehen, und doch hätten wir von unserer Regierung manchmal mehr Rücksichtslosigkeit gegenüber dem feindlichen Ausland und mehr Tatkraft gegenüber dem neutralen gewünscht. Wie anders die Lenker des englischen Staatsschiffes! „**Right or wrong my country**" — dieses Wort war und ist die Richtschnur der englischen Machthaber, nicht nur den Gegnern gegenüber, sondern auch in ihren Beziehungen zu den Neutralen und den Verbündeten, ihren Vasallen. Drückt sich in diesem Wort die ganze englische Rücksichtslosigkeit aus, so in einem anderen: „**Britannia rule the waves**" die englische Anmaßung: Die See ist englisches Eigentum, England ist Herr über alle Meere! Diesem üblen Spiel ein Ende zu machen, ist eines unserer Kriegsziele, trotz der **Reichstags-Entschließung** vom 19. Juli. Wie war diese Kundgebung nach der höhnischen Ablehnung unserer früheren Friedensangebote nur möglich?! Es ist unfaßbar, denn unsere Oberste Heeresleitung hat uns immer wieder versichert, es stehe gut an allen Fronten. Wir hören es auch aus den Tagesberichten: Trotz ungeahnten Einsatzes an Menschen und Material kommt der Feind im Westen nicht durch, im Osten weicht er immer weiter zurück. Wir wissen, daß wir nicht auszuhungern sind und doch dieses törichte, vergebliche Friedensgeflenne. Die Kundgebung vom 19. Juli soll, so will die Reichstags-Mehrheit, die Einleitung zum Frieden sein, sie bedeutet aber einen Verzichtfrieden in aller Form. Gewisse Gründe, die die Anhänger der Entschließung vom 19. Juli angeblich damals gehabt haben wollen, bestehen heute zugestandenermaßen nicht mehr, und doch beharrt die Reichstags-„Mehrheit" auf ihrer Entschließung! Die „**Frankfurter Zeitung**" hat ihre Kriegsziele wie folgt dargelegt: „Wir verzichten auf nichts von dem, was wir vordem hatten." Zu „gewinnen" hofft sie „eine neue Grundlage unserer ganzen Außenpolitik" (dunkel ist der Rede Sinn), sie erstrebt „ein neugeordnetes Europa". Was das Wort Scheidemanns „jeder trage seine Lasten selbst" bedeutet, habe ich bereits ausgeführt. Der Verzichtfrieden, die in diesem liegende **Preisgabe Belgiens**, der **Verzicht auf Kriegsentschädigung und auf Sicherung unserer Grenzen durch Landgewinn**, wie das auch die „Frankfurter Zeitung" will, aber hätte Folgen, die uns vollends den Garaus machen würden: Unsere Gegner — sie würden es auch nach einem für sie günstigen Frieden bleiben — gehen unverzüglich an neue, verstärkte Rüstungen, um Deutschland in einem zweiten Kriege gänzlich niederzuschlagen; mit Leichtigkeit würde ihnen das gelingen, weil es dem wirtschaftlich geschwächten Deutschland nicht möglich wäre, Heer und Flotte auf dem alten Stande

zu halten, geschweige denn zu verstärken. **Deutschland wird wieder ein Spielball seiner Feinde** werden, es wird um Jahrzehnte zurückgeworfen und sich nie wieder zu seiner jetzigen Größe erheben. Die „Frankfurter Zeitung" setzt sich sogar in Widerspruch mit Herrn v. Bethmann Hollweg; allerdings war dieser selbst voller Widersprüche. Einmal erklärte er, „die Länder, auf denen deutsches Blut geflossen ist, nicht preisgeben zu wollen," dann: „Wir wollen keine Eroberungen." — Aber, geben wir Belgien heraus, wird es unabhängig — von Deutschland unabhängig bedeutet natürlich Abhängigkeit von England, diesem Staate gänzlich verfallen! —, dann gibt es kein Mittel, keinen Vertrag, der uns vor der Rache Belgiens und seiner Freunde schützt. Dieses Belgien herauszugeben — das ist das Kriegsziel der Reichstagsmehrheit! Aber Belgiens Macht muß endgültig gebrochen werden, zum Heile Deutschlands, ja, im Interesse der Belgier selbst und im Interesse des europäischen Friedens. Der Abgeordnete Scheidemann war es, der zuerst dem Verzichtfrieden das Wort redete. Was erwartet er davon? Etwa die Errichtung des lang erträumten sozialdemokratischen Staates?! Welche Verdienste hat Herr Scheidemann um das deutsche Volk?! Keine. Wohl aber hat er den Klassenhaß geschürt, unser Königshaus geschmäht. Eine gewisse Redegabe benutzt er im Dienste einer demagogischen Agitation; in Friedenszeiten erschöpfte er sich in Angriffen auf alles, was uns Konservativen und allen monarchisch gesinnten Männern teuer ist. So auch jetzt; die maßlosen Angriffe auf dem Würzburger Parteitag*) gegen alles, was nicht zur roten Fahne schwört, beachte man wohl! Solche heterischen Angriffe werden auf Urteilslose immer unheilvollen Einfluß ausüben, weil den Massen gleichzeitig verlockende Versprechungen gemacht werden; diese Gläubigen werden nicht klug, sie warten geduldig auf den Tag, an dem ihnen das in Aussicht gestellte Heil werden soll, bis sie sterben mit einem Fluch auf das Land ihrer Väter. Ein Nationalstolz, wie er den Sozialdemokraten Frankreichs und Englands eigen ist, geht diesen deutschen Demagogen durchaus ab; sie leben trotz Zusammenbruchs der „roten" Internationale noch immer in dem Wahn, eine Weltverbrüderung zustande bringen zu können. Sie, aber nur sie, die **deutschen** Sozialdemokraten, verrennen sich in diesen utopischen Gedanken, auch trotz der für sie so beschämenden Erfahrungen aus diesem Kriege. Das ist deutsche Sentimentalität und eine Treue — gegenüber ihren feindlichen Gesinnungsgenossen —, die himmelweit entfernt ist

*) Ich verweise auf meine Ausführungen vom September 1914 (Videant cives ne quid patria detrimenti capiat, Mitteilungen aus der Kons. Partei), da heißt es: „Aus so vielen Vorgängen geht nur allzu deutlich hervor, daß die sozialdemokratische Partei ihre Ideale schon verwirklicht sieht .... Die Zeit wird kommen, wo es Pflicht eines jeden guten Deutschen ist, Bestrebungen, wie sie von der Sozialdemokratie ganz sicher mit verdoppelter Kraft verfolgt werden, zu bekämpfen .... Die Vorherrschaft der Sozialdemokratie würde nichts anderes als die Republik bedeuten ...."

von wahrer deutscher Treue. Bestände diese auch heute noch unter den deutschen Volksgenossen, nie wäre der Klassenkampf so ausgeartet, wie wir das erleben mußten, ein Klassenkampf, der nicht verursacht ist durch die Arbeiterbevölkerung, nicht durch die reichen Stände, sondern durch ehrgeizige, skrupellose Männer, denen nur daran liegt, die Macht an sich zu reißen, sich als Volksbeglücker, als Volksbefreier feiern zu lassen, unbekümmert darum, daß Tausende und aber Tausende — wir sehen das jetzt wieder in Rußland — dabei zugrunde gehen — für ein Phantom. In einem Aufsatze, der nicht lange vor Kriegsausbruch in sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlicht wurde, werden die „alldeutschen Männer als nationalistische Demagogen bezeichnet, die heute in Frankreich, morgen in England den Erbfeind sehen, ja selbst Serbien als Vogelscheuche ausstaffieren"; eine „blödsinnige Lüge" sei es, Frankreich wolle Deutschland überfallen. — Ob sich der Verfasser und die Verbreiter dieses Schmähartikels heute wohl ihrer Tat schämen? Ob sie wohl zugeben werden, daß diese „blödsinnigen" Männer nur zu wahr sprachen?! Auch der in bürgerlichen Blättern so viel gerühmte Sozialdemokrat Fendrich (gerühmt, weil er — eine Ausnahme unter seinen Genossen — dem Kaiser gab, was des Kaisers ist) kann den sozialdemokratischen Irrgeist, seine internationale Richtung, nicht los werden. Er versteigt sich zu der fanatischen Behauptung, die Vaterlandsliebe der Konservativen und Alldeutschen sei „überspanntes Deutschtum", ja, er erklärt, deren Wünsche „entsprängen in erster Reihe der Sehnsucht nach innerpolitischen Zuständen, die alles Elend des Krieges zu einer höhnischen Teufelsposse machen würden." In der Tat, gehässiger könnten sich auch seine Genossen Scheidemann oder Ledebour nicht ausdrücken. Daß er auch Bismarck angreift, ihn einen „kurzsichtigen Innen-Staatsmann" nennt, bleibe zur Kennzeichnung des Herrn Fendrich nicht unerwähnt. Er, Anton Fendrich, ist von seiner Ueberlegenheit so überzeugt, daß er sich zu einer derartigen Kritik unseres größten Staatsmannes für befugt hält. Doch die Bescheidenheit ist eine Zier, die man in der Sozialdemokratie nicht kennt, nie gekannt hat. Unter den Gegnern eines starken deutschen Friedens einerseits und unter den Anhängern der parlamentarischen Regierungsform andererseits fällt als eine besonders unsympathische Persönlichkeit der Abgeordnete **Hausmann** auf. Er ist jener Abgeordnete, der im Frühjahr 1917 im Abgeordnetenhause in gehässigster Weise über eine Zusammenkunft besorgter Vaterlandsfreunde im Hotel Adlon berichtete, — als Denunziation bezeichnete man seine „Rede". Wenn das eigenartige Verhalten dieses Volksvertreters seinerzeit auch gebührend gebrandmarkt worden ist, so sollen auch die vorliegenden Ausführungen dazu beitragen, das Vorgehen des Herrn niedriger zu hängen. Es gehört gewiß zu den Aufgaben der Volksvertreter, Vorgänge im Parlament zur Sprache zu bringen, die dem Lande zum Nachteil gereichen können; doch ein solcher

Fall lag nicht vor. Darf sich nun ein Abgeordneter so weit erniedrigen, daß er eine Besprechung patriotischer Männer, von welcher die Oeffentlichkeit nur durch Vertrauensbruch Kenntnis erhielt, zu einem — übrigens vollkommen fehlgeschlagenen — Angriff benutzt? Sicher nicht. Vergleicht man das Treiben der Spitzel und ihrer Beschützer mit der Sorge jener Männer, hochpatriotischer Männer, dann wird jeder Unbefangene zugeben, daß nicht die zur Beratung zusammengekommenen Herren zu tadeln sind, sondern der Abgeordnete Hausmann. Eine mutige Tat war es sicher nicht, als dieser, gestützt auf seine Immunität, die gröbsten Angriffe gegen jene Patrioten richtete. Dem Fall Hausmann habe ich ein besonderes Kapitel gewidmet, weil der Ruf nach **parlamentarischer Regierung** und nach **Aenderung des preußischen Wahlrechts** mit dieser parlamentarischen Tat des Fortschrittsmannes gar nicht besser illustriert werden konnte. Sein gleichgesinnter Namensvetter aus Württemberg brachte es fertig, den verdientesten Mitarbeiter unseres Kaisers am Ausbau der Flotte, den Großadmiral v. Tirpitz, zu beschuldigen, „er habe während 10 Jahre die Einheitlichkeit der deutschen Politik in unheilvoller Weise gefährdet.“ Daß der vom Abg. Haußmann abgeschossene Pfeil Herrn v. Tirpitz nicht erreicht, sondern auf den Angreifer zurückprallt, scheint dieser, als er sich zu jener gehässigen Entstellung hinreißen ließ, nicht begriffen zu haben. Wahrlich, in der Heimat sieht es dank dem Treiben der Kreise um Scheidemann bis Erzberger trübe aus; aber unsere Besten da draußen, sie, die uns den Feind vom Halse halten, sie geben uns immer wieder neue Kraft, an ihnen richten wir uns immer wieder auf. Glücklich der, dem Alter und Gesundheit gestattet, sich den Kämpfern anzuschließen und damit den jetzt so unfreundlichen heimatlichen Boden zu meiden. Wer sich zu Kundgebungen bekennt, wie jener vom **19. Juli 1917**, der hilft, wenn auch ungewollt, den Feinden. Ein angesehener Russe meinte: „da im deutschen Reichstage doch wohl nicht Irrsinnige sitzen, so muß man nach dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli annehmen, daß Deutschland wirklich am Ende seiner Kraft ist.“ In der Tat, eine andere Auslegung kann der Feind diesem unfaßbaren Vorgehen des Reichstags nicht geben. Die Sieger wollen einen Verzichtfrieden schließen, die Sieger! Sie wollen, damit das Wort des Abgeordneten Scheidemann wahr werde, auch ihre Lasten allein tragen! Es kann nicht anders sein, so urteilen die Feinde, die Deutschen sind am Ende ihrer Kraft. Herr Scheidemann hält es für seine vaterländische Pflicht, den Feinden immer wieder deutlich zu machen, daß Deutschland ihnen gar nichts nehmen wolle. Da nun aber bei unseren Gegnern ein sehr stark betonter Eroberungs-, ja Vernichtungswille besteht, so sind die Folgen der Agitation Scheidemanns neue, vermehrte Anstrengungen der Feinde, ihr Ziel zu erreichen, somit Verlängerung des Krieges und, wie wir gesehen haben, Hinübergleiten von

Neutralen in die weit geöffneten Armen der Ententebrüder.*) Doch Herr Scheidemann täuscht sich, wenn er glaubt, die Mehrheit der Arbeiter halte zu ihm und zu seiner Gefolgschaft. Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-München, **„Scheidemann vertrete nicht die Mehrheit der Sozialdemokratie,** seine Reden seien nur dazu angetan, den Mut unserer Feinde anzufachen." Ein Bremer Arbeiter gab der Meinung der verständigen und patriatisch gesinnten Männer aus dem Arbeiterstande mit den trefflichen Warten Ausdruck: „Warum sollen wir immer unseren Feinden und deren unaerschämten Forderungen entgegenkommen? nur weil einige sozialdemakratische Führer das wünschen? weil sie wissen, daß ein **verarmter Arbeiterstand leichter ihrem Einfluß unterliegt** als einer, der sich wohl fühlt und Aussicht hat, in die Höhe zu kommen?" So urteilen verständige Arbeiter. Ueber die Führer der Sozialdemakratie äußerte sich der kluge Mitbegründer und Geschäftsführer des Zentraloerbandes deutscher Industrieller, Bueck, in einem, seiner früheren landwirtschaftlichen Tätigkeit entnammenen Bilde wie folgt: „Wenn durch liederliche Wirtschaft aber durch ungünstige Witterungsoerhältnisse ein Feld verunkrautet sei, dann könne dieser Zustand eine **vorübergehende Erscheinung** sein, **wenn** der Landwirt das Erfarderliche anwende, um ihn zu beseitigen. Zu diesem Zwecke werde das Feld kreuz und quer gepflügt, um die Wurzeln des Unkrauts zu zerreißen und an die Oberfläche zu bringen. Dann gehe der Landwirt mit scharfen Eggen darüber, um das Unkraut aon dem fruchtbaren Boden zu trennen. Er bringe es dann auf Haufen zusammen, verbrenne es und streue die Asche über den Baden. Wenn diese Maßnahmen rationell und energisch durchgeführt werden, dann sei das Unkraut eine vorübergehende Erscheinung. Tue der Landwirt das nicht, dann verunkraute der ganze Acker, das Unkraut nehme mehr und mehr überhand, schieße üppig in die Höhe, jeden guten, gesunden Halm unterdrückend; das Feld sei für nutzbringende Kultur verloren." Wären aor dem Kriege die Grundsätze der Sozialdemakratie für die Politik des Reiches ausschlaggebend gewesen, der Partei, die in Friedenszeiten nichts getan hat, um dem deutschen Valk die Waffe zu geben, die es zu seiner Verteidigung nötig hatte, — wir wären unseren Feinden im ersten Ansturm erlegen. Es ist ein Verdienst der Alldeutschen, daß sie schan lange vor dem Kriege über die Stimmung und Rüstungen im Ausland, unbeirrt durch Angriffe, warnend berichteten. Allerdings machte diese Warnung auf den leitenden Minister keinen Eindruck. Er hielt fest an seinen Verständigungsversuchen mit England! 1912

*) Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Würzburg äußerte ein Redner „die alte Sozialdemokratie dürfe den „Unabhängigen" keine Friedensangebote machen, sie würden als **Zeichen der Schwäche** aufgefaßt"!! Merkwürdig, merkwürdig. Demonstrationen aber zu Gunsten eines Friedens mit dem äußeren Feind haben nach Ansicht ihrer Veranstalter keine solche Wirkung!

erklärte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gegenüber dem Großadmiral v. Tirpitz, der von dem Flottenverhältnis zwischen Deutschland und England (10 : 16) nichts nachließ, „daß eine Verständigung mit England mehr wert sei als ein paar Dreadnoughts mehr oder weniger.“ Hätte England mit seinen Plänen damals Erfolg gehabt, Deutschland wäre in bedenkliche Abhängigkeit von England geraten.

Wie die Kreise um Haußmann, Scheidemann, Erzberger auch die Erwerbung des für den Bestand des Reiches unbedingt nötigen Grenzlandes mit allen Mitteln zu verhindern suchen, zeigt in verblüffender Weise die „Frankfurter Zeitung“ (16. 8. 16, erstes Morgenblatt Nr. 226), sie schreibt: „Gesetzt, Verdun oder sogar Chalons würden einverleibt, so würden diese dann zum Reiche gehörenden Städte in einem neuen Kriege ebenfalls von französischen Fliegern heimgesucht werden und man müßte schließlich bis zum Ozean weiterstecken!“ Aber solche Auslassungen im Auslande gelesener deutscher Blätter sind natürlich **Wasser auf die üblen Mühlen unserer Feinde**, sie ihrerseits überbieten sich in Steigerung ihrer Kriegsziele, ihres Lügen- und Verleumdungsfeldzuges. Bei jeder Kundgebung aus feindlichem Munde meinten wir, der Gipfel der Ueberhebung, der Frechheit sei erklommen. O nein! Der nordamerikanische Präsident Wilson verstieg sich zu der geradezu hirnverbrannten, aber durchaus ernst gemeinten Erklärung, er werde mit Deutschland nicht in Friedensverhandlungen treten, wenn nicht zuvor die Hohenzollern beseitigt würden! Dieser unverschämte Bursche glaubte wohl im Hinblick auf die Demokratengruppe Erzberger-Haußmann-Scheidemann einen besonderen Trumpf auszuspielen, aber die nationalen Kreise unseres Vaterlandes haben dem amerikanischen Bramarbas eine Lektion erteilt, die ihn, ständen die Yankees auf einer höheren Bildungsstufe, den Präsidentensitz kosten müßte. Eine Schande für die Nordamerikaner, daß sie einen solchen Mann als Oberhaupt gewählt haben und noch dulden. Als erster unter den Verbündeten vom 19. Juli erscheint Herr Scheidemann auf dem Plan, um rundweg zu erklären, Herrn Wilson habe die gegen die Konservativen zustande gekommene Reichstagsentschließung vom 19. Juli zur Unterlage für seine **Note** an den **Papst***) gedient! Wiederum Herr Scheidemann war einer der ersten, der nach Stockholm eilte zur sozialdemokratischen „Friedenskonferenz“, um sich

---

*) Für Beendigung des Krieges hat sich auch der Papst bemüht. Auch jene Kreise im deutschen Volk, die einen starken deutschen Frieden für nötig halten, hätten dem Oberhaupt der katholischen Kirche gern Anerkennung gezollt, wenn sie nicht in der päpstlichen Mahnung zum Frieden eine parteiische Handlung zu Gunsten unserer Feinde erblicken müßten. Unsere Regierung hat die Note beantwortet, die Entente, mit Ausnahme des Herrn Wilson noch nicht; glaubt sie im Ernst, wie Bismarck im deutsch-französischen Kriege verfahren zu dürfen? Auch damals schlug der Papst unserem König einen „ehrenvollen“ Frieden ohne Landabtretungen vor. Bismarck aber zog, wie uns Moritz Busch erzählt, einen „nützlichen“ Frieden vor, konnte deshalb von dem „freundlichen“ Anerbieten des Papstes keinen Gebrauch machen und unterließ die Beantwortung seiner Note.

da — verteidigen zu müssen! Zu einer Konferenz, deren Vorsitz der deutschfeindliche Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Branting, hatte. Die Friedensvermittlung eines Scheidemann lehnen wir ab und ebenso seine Anmaßung, als Vertreter des ganzen deutschen Volkes auftreten zu wollen.

Noch heute bringen die sozialdemokratischen Blätter genau die gleichen verhetzenden „Kulturbilder" wie vor drei, vor zehn, vor zwanzig Jahren: ein Beispiel: Eine rührselige Geschichte, überschrieben: „Als wir noch hübsch waren." Ein Fabrikmädchen stößt diesen „Schmerzensschrei" aus. Sie und ihre Freundinnen arbeiten jetzt in Munitionsfabriken; „die Arbeit speit ihnen Gift ins Gesicht, jagt ihnen auch giftigen Atem durch den Körper, zerfrißt das Haar und zerfetzt die Haut; die Arbeit läßt auch nicht mehr, wie früher, den Frohsinn des Feierabends zu. Freuen ist auch häßlich geworden . . ." So werden die jungen Fabrikmädchen geschildert! In Wirklichkeit gehen sie, wie man täglich beobachten kann, forsch und freudig zur Arbeit, die Fabrikarbeit tun sie gern, zumal ihnen reicher Lohn winkt. Wie manche Hausfrau ist in dieser Kriegszeit gezwungen, die ungewohnte grobe Hausarbeit selbst zu tun, weil die sich sonst der häuslichen Arbeit widmenden Mädchen die Fabrikarbeit vorziehen. — Eine geradezu frivole Verdächtigung erlaubt sich dasselbe Blatt in seiner Ausgabe vom 11. Oktober 1917. Da heißt es: „Wer dächte nicht im Ernst an die Zeit, wo man noch mit Verachtung auf die „dentfaule Masse", auf die Fabrikarbeiter, herabsah — —" Das ist doch eine ganz bösartige Verhetzung; die sozialdemokratische Zeitung unterstellt irgend welchen Kreisen — sie nennt sie nicht — Geringschätzung und gehässige Gesinnung gegenüber den Fabrikarbeitern. Oder hat der sozialdemokratische Verfasser etwa selbst mit Verachtung auf seine „dentfaule Masse" herabgesehen?! Diese Beispiele mögen genügen; sie sind schlagende Beweise für die wohlüberlegte Absicht der sozialdemokratischen Führer, an der Klassenverhetzung auch weiter festzuhalten, — Folgen der Bethmannschen Nachgiebigkeit und Nachsicht gegenüber der Sozialdemokratie. Nahm der frühere Reichskanzler auf diese Partei schon vor dem Kriege allzuviel Rücksicht, so kannte sein Entgegenkommen in den letzten drei Jahren überhaupt keine Grenzen mehr. Die Sentimentalität, sie war der Grundzug im Charakter des fünften Reichskanzlers; er hatte sie trotz seiner gegenteiligen Versicherung nicht verlernt. Denken wir doch an den üblen Herrn Gerard, den amerikanischen Botschafter! Hat Deutschland je einen unwürdigeren Vertreter eines großen Staates am kaiserlichen Hofe gesehen? Wie zartfühlend behandelte Herr v. Bethmann Hollweg diesen Auserwählten des amerikanischen Volkes, den neben seiner Tätigkeit als Spion und Verräter — der irische Patriot Casement starb durch Gerards Verrat — Lüge und Vertrauensbruch Diplomatie dünkte. Daß ein

solcher Mann jeden Taktgefühls bar ist, liegt auf der Hand; das beweist er in zynischer Weise in seinen „Erinnerungen". Man möchte Herrn v. Bethmann Hollweg fast bedauern, daß dieser traurige Amerikaner an ihm seinen Spott versucht; das Kapitel Gerard ist kein rühmliches aus der Aera Bethmann Hollweg. Auch der frühere englische Minister **Haldane** berichtet über für uns recht unerbauliche Vorgänge: Er habe seine bekannten Reisen (1911 und 1912) nach Deutschland unternommen, teils um die Heeresmacht Deutschlands auszukundschaften, teils um Deutschland zu einem Abkommen zu verleiten, das eine Bindung Deutschlands in der Flottenfrage zum Ziele hatte! Herr v. Bethmann Hollweg soll fast überredet worden sein, aber an dem Widerstande des Großadmirals **v. Tirpitz** scheiterte, wie schon erwähnt, dieser saubere Plan des „Deutschenfreundes" Haldane. Wie England sich von Kriegsbeginn an über jedes Völkerrecht skrupellos hinwegsetzte, so verfuhr **uns** gegenüber genau so auch sein zunächst stiller Teilhaber, der Autokrat Wilson; er unterstützte die Entente bekanntlich nach Kräften, während er uns schädigte und behinderte, wo er nur konnte. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika fällt die lange Dauer des Krieges zur Last, — ohne die amerikanischen Munitionslieferungen hätten unsere Feinde längst um Frieden bitten müssen. In den Krieg ist Amerika eingetreten, einmal um zu versuchen, das in das Ententegeschäft gesteckte Geld zu retten, aber auch, wie die englische Wochenschrift „Nation" bekundet, um das deutsche Volk mit einer demokratischen Staatseinrichtung nach amerikanischem Muster zu „beglücken" — echt amerikanische Frechheit und, gegenüber dem eigenen Volk, Gewissenlosigkeit. Ihrem Präsidenten danken die Nordamerikaner, daß sie nun auch selbst am Kriege teilnehmen müssen, sofern sie nicht durch unsere U-Boote davor bewahrt werden. Wie die Monatsausweise zeigen, nimmt der uneingeschränkte **U-Boot-Krieg** erfreulichen Fortgang. Schon vor Jahresfrist hätten, wie die maßgebenden Männer aufs bestimmteste versicherten, die Friedensglocken läuten können, hätte sich Herr v. Bethmann Hollweg im Frühjahr 1916 durch Wilson nicht **„niederboxen"**, einschüchtern lassen. Die so gewonnene Zeit benutzte England zur Verproviantierung, zur Verbesserung seiner Abwehrmaßregeln gegen Zeppelin-Angriffe, zur Verstärkung von Heer und Rüstung und zur Bewaffnung der Handelsdampfer. Der kraftlosen Politik Bethmann Hollwegs, einer Politik voller Angst und Nachgiebigkeit, ist zuzuschreiben, daß sich mehr und mehr neutrale Staaten unseren von **rücksichtslosen** Männern geführten Feinden anschlossen, die, unbekümmert um die Meinung anderer, skrupellos ihr Ziel verfolgen. Der deutsche Reichskanzler aber hatte gleich in den ersten Tagen des Krieges der erstaunten Welt bekannt gegeben, „Deutschland habe Belgien unrecht getan, werde es aber wieder gut machen"! Herr v. Bethmann Hollweg

hat es nicht für nötig gehalten, sein in diesem Ausspruch liegendes eigenes Unrecht am deutschen Volk wieder gut zu machen. Warum nicht?! Der Großadmiral v. Tirpitz war es, der im September 1917 in der ersten Versammlung der **Deutschen Vaterlandspartei** unter unendlichem Jubel von Tausenden das Wort des Herrn v. Bethmann Hollweg zurückwies: „Nicht unrecht", so rief Exzellenz v. Tirpitz, „sondern **recht ist Belgien geschehen**, denn es hatte die Neutralität selbst längst gebrochen." Selbst hoch oben im Norden, auf Island, schrieb ein neutrales Blatt („Landid"): „Und so behaupten wir denn und heben ausdrücklich hervor: daß es eine weltgeschichtliche Frechheit von Frankreich und England ist, zu behaupten, daß Deutschland die Neutralität Belgiens verletzt habe, da genug durchaus zuverlässige und unangreifbare historische Dokumente vorhanden sind, welche beweisen, daß Belgien bereits eine ganze Reihe von Jahren vor dem Anfang dieses Krieges ein Abkommen sowohl mit Frankreich wie mit England getroffen hatte, das Deutschland absolut zwingen mußte, seine Faust auf das verräterische Belgien fallen zu lassen, ehe Frankreich und England seine Verräterei benutzen und von einer Seite gegen Deutschland loschlagen konnten, wie es niemand erwartet hatte." — Wie niederdrückend für das deutsche Volk war doch das Zurückweichen des Herrn v. Bethmann Hollweg vor dem nordamerikanischen Präsidenten. Eine deutliche Kennzeichnung **Wilsons und seines sauberen Helfershelfers Gerard** war uns unter dem früheren Kanzler fast unmöglich: Verwarnungen, Zeitungs-, ja Schreibverbot waren den Zuwiderhandelnden sicher. Ich wies schon auf die „Erinnerungen" Gerards hin; diese scheinen nach allem, was wir darüber bisher hörten, von einem alten Waschweib, nicht aber von einem Diplomaten geschrieben zu sein. Da, wo Gerard meint gegen uns einen besonderen Trumpf auszuspielen, da zeigt er sich in seiner ganzen Unfähigkeit, die sich hinter amerikanischer Anmaßung zu verbergen sucht: Wie sein Herr, so glaubte auch er selbst, durch Angriffe auf unseren Kaiser eine Entfremdung zwischen Kaiser und Volk erreichen zu können. U. a. berichtet er über eine Unterredung mit Seiner Majestät, aber was er dem Kaiser in den Mund legt, ist wiederum nur ein neuer Beweis für das stete Bestreben Seiner Majestät, den Frieden zu erhalten bezw. eine neue Kriegserklärung, die amerikanische, zu verhindern. Das hat dieser „Diplomat" gar nicht begriffen. Ebenso täppisch erweist er sich in seiner Erzählung über die ihm verweigerte Audienz: „Er wäre", so schwatzt er, „vom Kaiser wiederholt abgewiesen, zuletzt mit den Worten: „Majestät wolle den Botschafter eines Landes nicht sehen, das die Feinde Deutschlands mit Munition versorgt." Was übrigens diese Munitionsversorgung bedeutet, ist in Reclams Universum (32. Jahrgang Heft 391) nachgewiesen: Eine einzige Schiffsladung von 7000 Tonnen Granaten und Patronen bedeutet nach der Munitionsstatistik

früherer Kriege Zehntausende an Toten und Verwundeten. Und doch gibt es Deutsche, die diese amerikanischen Munitionslieferungen zu rechtfertigen suchen. So sprach sich in einer Versammlung von Fortschrittsmännern ein Redner folgendermaßen aus: „Mißtrauen gegen Amerika ist nicht am Platze. Die Waffenlieferungen sind keinesfalls unneutrale Handlungen, man müsse sich in die Anschauung der Amerikaner hineinoersetzen, die von Anfang an von der Niederlage der Mittelmächte überzeugt gewesen seien und von den Waffenlieferungen nur eine Beschleunigung des Friedens erwarteten." (!) Es steht einem der Verstand still, hört man derartiges aus dem Munde eines deutschen Mannes.

In **Gerard hatte Wilson** ein gefügiges Werkzeug; leider nur allzulange konnte jener seine Spionagetätigkeit in Deutschland ausüben, darin hat er seinem Herrn und Meister in der Tat gute Dienste geleistet. Wilson gab sich fast bis zuletzt als Friedensfreund, inzwischen aber stärkte er den Kriegswillen und die Kriegsrüstung seiner Ententefreunde! Uns ist aus Anfang dieses Jahres noch seine — gleichzeitig unserer Regierung überreichte — Kundgebung an den amerikanischen Senat in Erinnerung, sie war eine neue Beleidigung. In dieser Botschaft gibt sich Wilson keine Mühe mehr, seine uns feindliche Gesinnung zu verbergen. All die Zeit ging er unbeirrt seinen Weg, und dieser führte ihn in den den Krieg gegen uns; mittel- und südamerikanische Staaten gewann er als Bundesgenossen, wenn nicht durch Versprechungen und Bestechungen, so durch Drohungen. Doch die deutschen Verfechter des Verzichtfriedens beharren auf ihrem Willen, auch auf die Gefahr hin, die durch ihre Schuld heraufbeschworenen inneren Wirren zu einer schweren Krisis zu verschärfen, und das, trotzdem unsere Oberste Heeresleitung immer wieder erklärte: „Weder in militärischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht sind irgend welche Befürchtungen berechtigt." Die Leute um Scheidemann sind es auch, die den Sturz unseres verdientesten Admirals, des Herrn v. Tirpitz, herbeiführten. Aber in dem Nachfolger des Großadmirals haben sie sich verrechnet: Herr v. Capelle wandelt in den Bahnen seines großen Vorgängers, er führt den Seekrieg und somit auch den U-Boot-Krieg ganz im Geiste des Herrn v. Tirpitz. Der **U-Boot-Krieg** hat, wie von maßgebender Seite erklärt worden ist, die höchsten Erwartungen übertroffen, — die **Folgen machen sich bei unserem Todfeinde längst bemerkbar.** Wir hören Klagen über unerschwingliche Preise; das „auserwählte" Volk ist empört über das ihm zugemutete „Hüftbrot". Wie sein „edler" Kollege Churchill, der vor Jahr und Tag die deutsche Marine bekanntlich mit Ratten verglich, die er ausräuchern wollte (bald genug bereute er dieses englisch-hochmütige Wort), so ergeht sich der Phrasendrescher Lloyd George in seiner Verzweiflung immer mehr in törichten Verdrehungen. So sagte er: „England hat die gewaltige deutsche Armee unter

die Erde getrieben, sie muß Kaninchentaktik treiben." Der „ehrenwerte" englische Minister verschwieg, daß seine Tommys genau die gleiche „Kaninchentaktik" beobachten müssen, doch es galt ja, die **bedenklich gewordene Stimmung des englischen Volkes** aufs neue zu beleben. England hat Schwierigkeiten bei Unterbringung seiner Kriegsanleihen. Die schon erwähnte englische Wochenschrift „Nation" hält die Verminderung des Heeres um eine halbe Million Mann für nötig, da infolge Arbeitermangels die industrielle Produktion bedenklich nachgelassen habe. England muß erleben — ein für uns wirklich ergötzliches Schauspiel —, daß es von seinen „treuen" Bundesgenossen hintergangen wird: Japan verbietet, die auf japanischen Werften für ausländische, auch für englische Rechnung im Bau befindlichen Schiffe (mindestens 20 große Handelsschiffe von je 6000—8000 To.) abzuliefern. Amerika verfährt seinem lieben englischen Vetter gegenüber genau so „freundschaftlich". So hat das böse Beispiel, das England mit Wegnahme türkischer Schiffe gab, noch bevor die Türkei in den Krieg eintrat, seine Sühne gefunden, — die **Nemesis ereilt England** allmählich. Aber bei uns rufen die Leute um Erzberger, Haußmann, Scheidemann immer lauter nach dem Verzichtfrieden!! Wie ist das zu erklären? Sehen diese Männer wirklich nicht ein, daß die Folgen eines Verzichtfriedens unser Volk um Jahrzehnte zurückwirft, einen wirtschaftlichen Aufstieg, wie wir uns dessen bis zum Kriegsausbruch erfreuten, aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich macht? Wie ich im „Brandenburger Anzeiger" gelesen habe, hat der Reichstagsabgeordnete **Kopsch***) in einer vom Liberalen Verein veranstalteten Versammlung behauptet, „die Wirkung der Entschließung vom 19. Juli sei im feindlichen Ausland eine gute gewesen." Wie diese „gute Wirkung" aussieht, mag man aus folgenden Auslassungen des französischen Abgeordneten, früheren Unterstaatssekretärs Bourély ersehen. Er sagt u. a.: Deutschland will den Frieden. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Nach den Vorschlägen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg haben wir die bekannten Reden im Reichstag und die Friedensresolution. Dazu kommen die Vorschläge in der Note des Papstes, welche, um nicht zuviel zu sagen, den Wünschen Oesterreichs und Deutschlands entsprechen. Gerade der Umstand, daß Deutschland seine Friedensvorschläge beständig vorträgt und betont, direkt und indirekt, verrät, daß die Ahnungen seiner kommenden Niederlage es ganz beherrschen. Deutschland kann nicht mehr siegen.

*) An dieser Stelle sei der weiteren Oeffentlichkeit bekannt gegeben, in welcher gehässigen und unwahren Weise fortschrittliche Redner, so der Reichstagsabgeordnete Kopsch, gegen die Vaterlandspartei „kämpfen". So behauptete der genannte Abgeordnete nach dem Bericht einer sozialdemokratischen Zeitung: „Die Deutsche Vaterlandspartei sei gegründet, um die Reichstagsmehrheit zu beschimpfen." — An der Spitze der Deutschen Vaterlandspartei steht der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg sowie der Großadmiral v. Tirpitz. Diese Tatsache entbindet uns davon, uns mit den üblen Angriffen des Herrn Volksvertreters eingehender zu befassen. Es muß doch um die von Herrn Kopsch vertretene Sache schlecht stehen, wenn er zu solchen Mitteln greift.

Der Beweis, daß es selbst zu dieser Erkenntnis gekommen ist, liegt darin, daß es unaufhörlich Friedensvorschläge macht.“

Sind die deutschen Verzichtfreunde noch immer nicht genug gewarnt?! Müssen wir wirklich glauben, daß parteipolitische Gründe die Veranlassung zu ihrem Verhalten sind? Rechnen sie damit, daß ein verarmtes Volk zur Erreichung ihrer demokratischen, auf Errichtung der Republik gerichteten Bestrebungen besser geeignet ist als ein wohlhabendes?! Meinen diese Freunde des Verzichts, daß in einem auf Kummer und Armut gegründeten Staate ihrer Partei wirklich ein glänzendes Dasein beschieden sein könnte? — Nie und nimmer darf unser Volk solchen „Führern“ folgen, und darum müssen sich alle wahrhaft deutschen Männer und Frauen auflehnen gegen das Treiben der Erzberger und Scheidemänner, sie müssen ihnen mit allen Kräften entgegentreten. Dem Abgeordneten Erzberger hat man Lob, viel Lob gespendet, ihn als klugen Politiker gefeiert — in England, in Frankreich! Sollte das nicht wenigstens dem besonnenen Teil der Zentrumspartei zu denken geben? Noch scheint es nicht so, denn aus dem Reichstage hören wir immer bestimmter, die Gefolgsleute des Herrn Erzberger wüchsen an Zahl, die Zentrumsfraktion stünde fast lückenlos hinter ihm. Zweifellos verurteilt die große Mehrheit der Zentrumswähler das Vorgehen der Zentrumsfraktion, und um so mehr, als sie ihr Vertrauen den jetzt noch im Reichstage sitzenden Abgeordneten unter ganz anderen Verhältnissen schenkten. Aber Herr Erzberger war der Vertraute des Herrn v. Bethmann Hollweg, das müssen wir dem früheren Reichskanzler zum Vorwurf machen und auch manches andere: Auf das unfaßbare Wort vom „Unrecht an Belgien“ wies ich schon hin, ebenso auf den um ein volles Jahr verzögerten **U-Boot-Krieg**. Wie schwächlich war die Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg gegenüber **Rumänien**, — auch der Abfall dieses Landes konnte vermieden werden. Warum unterblieben plötzlich die **Zeppelin**-Angriffe auf England, bezw. warum wurden sie stark eingeschränkt, wie zu gleicher Zeit auch Paris geschont wurde? Ist es wahr, sollte England wirklich „nicht gereizt werden?“ Und nun gar die Bitte um Entschuldigung wegen unseres Sieges am **Stochod** und die zur gleichen Stunde der neuen russischen Regierung nahegelegte Mahnung, ihren Verbündeten — **nicht untreu** zu werden! **Friedrich der Große** sagte: „Man soll nicht wähnen, einen Feind nachgiebig zu stimmen, indem man ihn mit den Waffen in der Hand glimpflich behandelt. Nur Siege führen zum Frieden.“ (Band 2 S. 230.) „Ich schließe, daß wir beim Abwarten nichts gewinnen, aber alles verlieren können“ (Band 2 S. 160). Wie oft hat unser Volk nach einem **Bismarck** gerufen! Ein **Bismarck** an der Seite unserer Großen: Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz! Ein Mann, deutsch wie Bismarck, gottesfürchtig, stark und treu — „ein treuer Diener Kaiser Wilhelms I.“ nichts weiter sollte auf Bismarcks Grabstein

zu lesen sein — er fehlt uns! Stark in allem, in der Treue, in der Liebe zu seinem Kaiser, zu seinem Volk, stark in dem Haß gegen die, die das Deutsche Reich, das deutsche Volk, alles, was deutsch ist, vernichten wollen. Nie wäre unter einem Bismarck in der Stunde der höchsten Not im Reichstage eine Koalition möglich gewesen, wie sie mit Erzberger-Scheidemann als Folgen der Politik Bethmann Hollwegs zustande kam, neuen Unfrieden durch die Entschließung vom 19. Juli in unser Volk hineintrug und zu beunruhigenden Gerüchten über unsere militärische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Anlaß gab. Da war es — wie **Bismarck** zu Zeiten Kaiser Wilhelms I. — Generalfeldmarschall **v. Hindenburg**, der durch ermutigende Worte den furchtbaren Druck von uns nahm. An ihm, dem Retter in höchster Not, richtet sich das deutsche Volk immer wieder auf, wenn dunkle Kräfte zur Freude unserer Feinde den Siegeswillen des deutschen Volkes und damit den Kampfesmut des Heeres zu brechen versuchen. Wie wir unser deutsches Vaterland zu Lebzeiten **Bismarcks** unter seinem Schutze sicher geborgen wußten, so vertrauen wir heute **Hindenburg**, dem unser **Kaiser** zur rechten Zeit das höchste militärische Amt übertragen hat. Bismarck hat Preußen-Deutschland zur gefürchteten Großmacht erhoben, er hat der Welt für seine und seines Kaisers Schöpfung den Platz abgezwungen, der dem hervorragendsten Kulturvolk gebührt. Bismarck hat im deutschen Volke aber auch das **monarchische Prinzip** gestärkt, während es unter der Regierung seines vierten Nachfolgers Schaden erlitt. Das hat der republikanisch gesinnte, wenn auch nur geringe Bruchteil des deutschen Volkes für seine Zwecke benutzt und verständnisvolle Unterstützung in den Nationen gefunden, die uns mit der Waffe gegenüberstehen, uns auch mit der erbärmlichen Waffe der Verleumdung bekämpfen. Jene unbelehrbaren Männer, die Leute um Scheidemann und Ledebour, und mit ihnen die übrigen linksstehenden Parteien konnten es über sich gewinnen, in der **Stunde der Not** nach Aenderung des **preußischen Wahlrechts**, nach der **parlamentarischen Regierung** zu rufen, damit den Burgfrieden zu brechen und häßliche Parteikämpfe wie in den schlimmsten Zeiten vor Ausbruch des Krieges zu entfesseln; ihnen schwebt einzig und allein das eine Ziel vor Augen: Parlamentarische Regierung, Schwächung der kaiserlichen Rechte, endlich — die Abgeordneten Scheidemann und Ledebour haben es unverblümt ausgesprochen — die **Republik**. **Friedrich der Große** spricht sich über die republikanische Form wie folgt aus: „Das Königreich erfuhr das Geschick jedes monarchischen Staates, der sich in eine Republik verwandelt: es wurde schwächer. Der Ehrgeiz verwandelte sich in Ränkesucht, die Selbstverleugnung in Begehrlichkeit. Das öffentliche Wohl ward dem persönlichen Vorteil geopfert." (Band 2 S. 33.) Und weiter (S. 128): „Das Land, das für die Heimat der Tapferkeit galt, das in seinen guten Tagen

Helden hervorgebracht hatte, erzeugte unter republikanischer Regierungsform statt der Achilles die Thersites. Derart werden Königreiche und Staaten, die sich zur Macht erhoben haben, wieder schwach und sinken in Verfall. Solange es eine Monarchie war, stand seine Armee in Ehren. In Republiken legt sich der Ehrgeiz auf Intrigen, um emporzukommen. Bestechlichkeit demoralisiert nach und nach das öffentliche Leben und der wahre Ehrbegriff geht verloren, weil man auf Wegen emporkommen kann, auf denen vom Bewerber kein Verdienst verlangt wird." Dieser Worte des großen Hohenzollernkönigs sollten alle eingedenk sein, die etwa gewillt sind, sich der Diktatur eines Scheidemann oder Ledebour, oder auch eines Erzberger zu unterwerfen. Hat sich das preußische Wahlrecht etwa nicht bewährt, nur weil im Landtage jetzt die Konservativen die Mehrheit haben?! Gab es nicht auch eine Zeit, da unter demselben Wahlrecht die Fortschrittler in der Mehrheit waren! Warum mußten diese weichen?! Weil man im Volke eingesehen hatte, daß der Staat nach den konservativen Grundsätzen besser gedeiht als nach den fortschrittlichen. Sind die Erfolge von Heer und Flotte nicht die Ergebnisse konservativer, von den Nationalliberalen mit gleicher Energie unterstützter Politik?! Hatte doch gerade die **konservative Partei** die Deutschland von und durch England drohende Gefahr längst erkannt, immer vor England gewarnt und deshalb für Verstärkung unserer Rüstung unausgesetzt gewirkt! Wie sich die konservative Agrarpolitik bewährt hat, das haben uns diese drei Kriegsjahre wahrlich zur Genüge dargetan. Und doch, wie werden die Landwirte geschmäht! Aber — ihnen sei es gedankt — sie gingen mit Verachtung darüber hinweg. Das nach Ansicht links gerichteter Politiker jetzt so „dringend reformbedürftige" bisherige Regierungssystem hat uns Arbeiterschutzgesetze gebracht, wie sie kein anderes Land besitzt. Welches Volk hätte gleich gute Schulen wie Preußen, wie Deutschland? Wo sind für die ärmeren Klassen gleich gute Volksschulen wie in Deutschland?! Man zeige uns die parlamentarisch regierten Länder, die gleiches aufzuweisen hätten! Wie hat sich in Preußen die Steuerpolitik bewährt! Eine im Jahre 1909 vorgenommene Statistik hat ergeben, daß die zweite Abteilung den Ausschlag gibt und daß das durchschnittliche Einkommen des Mittelstandes genügt, um in der zweiten Abteilung wählen zu können. Würden die demokratischen Parteien das **Reichstagswahlrecht** auch für Preußen durchsetzen, so wäre es um die finanzielle und politische Selbständigkeit nicht nur Preußens, sondern aller Bundesstaaten geschehen, damit der **Bestand** des **Reiches gefährdet**.

Versetzen wir uns in die Zeit vor 1870 zurück: Der fortschrittliche Abgeordnete Schulze-Delitzsch sprach in der Konfliktszeit, 1863, also zu einer Zeit, da die Fortschrittspartei im Landtage die Mehrheit hatte, bekanntlich vom „preußischen **Großmachtskitzel**". Der ebenfalls fortschrittliche

Abgeordnete Virchow brachte nicht lange vor dem deutsch-französischen Kriege einen **Abrüstungsantrag ein**! Bismarck konnte diesen Frevel verhindern. In Frankreich hat man eine parlamentarische Regierungsform, — aber ist das, was aus Frankreich zu uns dringt, wirklich so verlockend, um hier zur Nachahmung anzuregen?! Die leitenden Männer kommen und gehen da wie in einem Taubenschlage, jeder Minister hat seine Günstlinge — kann das von Nutzen sein für die Verwaltung?! In dem Lande der so hochgepriesenen Freiheit — in Nordamerika — ist es fast noch schlimmer, das Volk ist nirgends so **rechtlos, wie in den parlamentarisch regierten Ländern**. „Haben wir erst Preußen, dann ist alles gewonnen", so sprach bekanntlich der Sozialdemokrat Bebel. Dieses Preußen, der starke Eckstein im deutschen Vaterlande, der Demokratie, dem parlamentarischen System zu unterwerfen — dazu scheint die Kriegszeit den links stehenden Männern der geeignete Zeitpunkt und auch das Wichtigste zu sein. Der Haß der Demokratie gegen unser altes Preußen — ich finde keinen anderen Ausdruck — kann nicht weiter gesteigert werden, gegen Preußen, dessen Lebenskraft, wie Professor Philipp Zorn sagt, die Voraussetzung bildet für die Lebenskraft des Deutschen Reiches. Die **Junker**, so behaupten ihre Gegner, führen das Regiment. Es ist nicht wahr. Eine Herrschaft der Junker — die „Schlotjunker" hat man ihnen hinzugesellt — besteht nur im Hirn unserer Demokraten. Den „Junkern" sind wir zu Dank verpflichtet; es soll ihnen nicht vergessen werden, daß in den früheren Jahrhunderten, als Preußen noch im Werden war, in erster Linie sie den Hohenzollernkönigen die Offiziere stellten, die Soldaten im Kriegshandwerk unterwiesen. So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben, die Verlustlisten geben mit grausamer Deutlichkeit Aufschluß über den Anteil, welchen die „Junker" an den Todesopfern des Krieges haben. Gegenüber der Sozialdemokratie muß auch betont werden, daß die Kämpfer aus dem ganzen deutschen Vaterlande **ohne Unterschied des Standes und Berufs** ihre Pflicht getan haben und weiter tun, der Arbeiter so gut wie der Fabrik- oder Handelsherr, der Bürgerliche so gut wie der Adlige. Warum soll nun gerade der Krieg die Notwendigkeit für die weitere Demokratisierung Preußens und des Reiches, die Notwendigkeit für Aenderung der Regierungsform, der Verfassung ergeben haben?! Weil ein jeder seine **Pflicht** getan hat? Ist es denn auch wirklich so ganz selbstverständlich, daß gerade auf ihn gar keine Rücksicht genommen zu werden braucht, auf ihn, der wie wohl kein zweiter im ganzen deutschen Vaterlande seine ganze Kraft nichts anderem als seinem Volke gewidmet hat, — auf den **Kaiser**! Ihm, dem großen gütigen Kaiser, will man den Dank abstatten durch Schmälerung seiner Rechte!? Dazu bietet ein konservativer Mann niemals seine Hand. Und wo hat sich denn in Preußen eine Rückständigkeit gezeigt? Wo sind die von den deutschen Demokraten so ge-

priesenen Vorzüge anderer Staaten? Welcher Staat, so frage ich aufs neue, kann sich in kulturellen, in sozialen Dingen mit Preußen, mit Deutschland messen?! Nicht trotz dem preußischen Wahlrecht, sondern gerade als seine erfreuliche Folgen konnte sich Preußen nach innen und außen zu seiner jetzigen Größe entwickeln. Und mitten im Kriege rüttelt man an seinen Grundpfeilern! Gleiches Wahlrecht — ein Unfug geradezu! Der schaffende, der nützliche Mann, ja der höchste Beamte im Reich hat unter dem gleichen Wahlsystem nicht einen Deut mehr zu sagen als der unfähige, dem Volke vielleicht schädliche. Nehmen wir einen sehr naheliegenden Fall: Soll ein Hindenburg in Preußen am Wahltisch wirklich nicht mehr gelten als ein Eckensteher?! Unser preußisches Wahlsystem ist ein Gegengewicht gegenüber dem im Reiche geltenden allzu demokratischen, das mit seinem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht schon genug Schaden angerichtet hat; man denke nur an die früher so häufige Versagung oder Kürzung der nötigsten Mittel für Heer und Flotte oder an die schon erwähnte Entschließung vom 19. Juli 1917. Wollen die Befürworter der Wahlrechtsänderung und der Einführung der parlamentarischen Regierungsform wirklich behaupten, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England oder Frankreich — diese Prachtexemplare „demokratischer" Staaten — besser regiert sind, daß sich jene Völker größerer Freiheit und größerer Bildung erfreuen als das monarchische Preußen, als das Deutsche Reich?! Wo wäre das **persönliche Regiment** größer als in Nordamerika oder in Frankreich?! Gerade jetzt hat der Reichskanzler Enthüllungen gebracht, die das französische Volk in hellen Aufruhr versetzten: Der französisch-russische Vertrag, in welchem Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch die Pfalz und das linke Rheinufer zugesprochen wurde, hat unter Mißachtung der Verfassung der französische Präsident, er allein, abgeschlossen! Zu allen Zeiten waren es in demokratischen Ländern immer nur einige wenige Personen, die die Macht an sich rissen, sie mißbrauchten. Solchen gewissenlosen Demokraten, unterstützt durch eine ebenso skrupellose Presse, ist auch der Ausbruch des nun schon im 39. Monat wütenden Krieges zuzuschreiben. Wo sitzen die wahren **Autokraten**, etwa im konstitutionell regierten Deutschen Reich?! Hier der wahre Friedensfürst, der gütige Vater seines Volkes, ein wirklich konstitutioneller edler Herrscher, der Kaiser! — dort, in Frankreich, der schon gezeichnete Präsident Poincaré, in Nordamerika, dem Lande, in welchem der Geldsack herrscht, Wilson, der größte Autokrat aller Zeiten, ein Tyrann und gleichzeitig der widerlichste Heuchler, den die Welt je gesehen hat.

Der englische „Daily Expreß" vom 31. August 1917 sagt: „Deutschland ist wohl das bestregierte Land der Welt. Wenn der Deutsche ein Sozialist ist, so wünscht er im Grunde genommen doch keine Aenderung des Staatssystems. Er

sieht ganz richtig, daß in England die Parlamentswirtschaft Verzögerung, Kurzsichtigkeit und Verwirrung bedeutet. In Amerika, Italien und anderen demokratischen Ländern sieht er, wie Bestechung und „freiheitliche Einrichtungen" sich gut miteinander vertragen. In Frankreich sieht er die ständige Erregung gegen die eben gewählten Regierungspersonen. In Rußland hat die Selbstherrschaft einer zum Verderben führenden Anarchie Platz gemacht." Sollen gleiche Zustände in Deutschland einreißen?! **Einen Vorgeschmack** des demokratischen Regiments gibt uns in drastischer Weise eine Auslassung der „**Frankfurter Zeitung**" vom 27. 9. 1917; da sagt sie in einer Polemik gegen einige ihr unbequeme Blätter: „Den Stiefelabsatz in das Giftmaul der Kröte und einen Tritt darauf."*) Das vornehme Blatt fügt gleich darauf hinzu: „Man wird uns nicht das Zeugnis versagen können, daß wir uns der größten — Mäßigung befleißigen." — Wir brauchen keine Aenderung unserer Regierungsform, keine Aenderung unserer Verfassung. So dachte früher einmal auch der vorige Kanzler; mit Nachdruck erklärte er im Dezember 1913: „Das möchte ich mit aller Schärfe erklären, daß ich jedem Versuch, die verfassungsrechtlichen Verhältnisse zu ändern, mit aller Entschiedenheit unbeugsamen Widerstand entgegensetzen werde. Das deutsche Volk wird nicht wollen, daß die kaiserliche Gewalt unter sozialdemokratischen Zwang gestellt wird." — Dieser „unbeugsame Widerstand" ist Herrn v. Bethmann Hollweg mit seiner ganzen Politik im August 1914 zusammengebrochen — **wie ein Kartenhaus.**

Wie selbst im demokratischen England, wo der König bekanntlich nur eine Statistenrolle spielt, ein verfassungsmäßig stark gesicherter **monarchischer Wille** als ein **Segen anerkannt** wird, wie auch gerade infolge unserer Verfassung und dank der hervorragenden Persönlichkeit unseres **Kaisers** bei uns die Leitung der Kriegsführung gesichert ist, — das hat, wenn auch widerwillig, ein angesehenes englisches Blatt, „Das neunzehnte Jahrhundert" („Nineteenth Century") deutlich ausgesprochen. Es sagt über das englische Ministerium: „Eine Gruppe von Männern, an deren Spitze ein sehr fähiger Kopf stehe, der aber von einem halben Dutzend ebenfalls sehr fähiger Köpfe umgeben wäre, sei kein ideales Kriegsinstrument. Despotismus, gleichviel ob durch göttliches Recht oder einen alles beherrschenden Willen und Intellekt ausgeübt, sei ohne Zweifel die wirksamste Regierungsform bei einer großen nationalen Gefahr." Der Artikel stellt dann mit Bedauern fest, „daß ein besseres Werkzeug als das jetzige Kabinett nicht zu sehen sei", „aber sollte der Krieg

*) In einer der letzten Reichstagssitzungen nahm sich einer der „Gebildeten" aus der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Wolfgang Heine eine ungeheuerliche Schmähung gegen den Retter des Vaterlandes, gegen unseren Hindenburg heraus. Diese Schmähung wird an dem Abgeordneten und Rechtsanwalt, Herrn **Wolfgang Heine**, zeit seines Lebens wie ein Fluch haften — — —

wirklich eine sehr schlechte Wendung nehmen, so könnte es möglicherweise plötzlicher und gewaltsamer entdeckt werden, als uns lieb ist." „Viele würden eine ausgesprochene Diktatur am liebsten sehen, aber das sei fast gleichbedeutend mit Revolution." — Ein großer Engländer, dessen schönste Aufgabe es war, seinen Landsleuten die Geistesschätze Deutschlands zugänglich zu machen, Thomas **Carlyle**, sagte über Preußen: „Du tapferes Preußen, die wahre Seele deines Verdienstes ist, daß du einen solchen König (Friedrich den Großen) verdient hast, dich zu führen." Andererseits urteilt H. S. **Chamberlain**-Bayreuth, der als Engländer geboren, aber Deutscher geworden ist, über seine früheren Volksgenossen wie folgt: „Grey, der salbungsvolle Friedensapostel, weiß die Karten so zu mischen, daß der Krieg nicht zu vermeiden ist. Er weiß es so einzurichten, daß Deutschland aus höchster Not in Belgien einrückt (das, wie sich später herausstellte, längst nicht mehr neutral war). Das ist das heutige politische England, wie Burke es vorausverkündet hatte: „Heuler, Heuchler, Lügner, Falschspieler". Der Staat England ist morsch **bis** auf die Knochen, man fasse nur fest zu. Deutschland ist nun so gänzlich anders geartet, daß es England — das heutige politische England — seit Jahren gar nicht verstand und sich immer von neuem von ihm irreführen ließ." Die „Bayerische Staatszeitung" wies in ihrer jüngsten Auslassung auf die Lügenmethode englischer Staatsmänner hin; sie sagte: Man denke nur an die **bewußten Lügen eines Lloyd George**, um zu ermessen, von welchem Schlage der „Parlamentarismus" ist, dem dergleichen geboten werden darf. Ein verlockendes Vorbild bieten die Verhältnisse in Paris und London wahrlich nicht." Und dieses England — ebenso wie sein Vetter jenseits des Atlantischen Ozeans — nimmt sich heraus, die Verfassung des Deutschen Reiches als veraltet, als reformbedürftig zu erklären, — aber das ist ja verständlich: Die konstitutionelle Monarchie, welcher Preußen, Deutschland sich erfreut, ist der Fels, an dem alle Angriffe auf den Bestand des Reiches zerschellen. **Die parlamentarische Regierungsform, die gänzliche Demokratisierung, das erstreben auch unsere Feinde.** Das müßte die deutschen Demokraten, wenn ihnen das Vaterland höher steht als die Partei, zur Besinnung bringen! Ein weißer Rabe ist der Sozialdemokrat E. Heilemann; er erklärt (in der „Glocke") „die parlamentarische Regierungsform für Unsinn; unser (der Sozialdemokratie) **Feind** ist das Kapital und seine Verkörperung ist viel eher das **„Berliner Tageblatt"** (Heilemann vergaß hinzuzufügen: und die **„Frankfurter Zeitung"**) als der König von Preußen, viel eher die **parlamentarische Bourgeoisrepublik** als die preußische Beamtenverwaltung, die überwiegend geführt wird von studierten Proletariern an Vermögen, von Rittern der Pflicht." **Bismarck** fertigte am 27. Januar 1863 in seiner Rede über den Verfassungskonflikt im Landtage die liberale Mehrheit

wie folgt ab: „Was die **Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt**, soll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie **darüber hinaus** verlangen, das werden wir **ablehnen** und Ihren Forderungen gegenüber die Rechte **der Krone mit Ausdauer wahrnehmen**. Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserem Königlichen Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten mutmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, **fest für die Rechte des Königtums**, fest **für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen**. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden." Ebenfalls im Reichstage betonte Bismarck, daß „er eine **richtig geübte** parlamentarische **Mitwirkung** für nützlich, eine parlamentarische **Herrschaft** für **unmöglich** und **schädlich** halte; das Parlament soll verhindern, daß schlechte Gesetze gemacht, daß das Geld verschwendet wird, aber regieren kann es nicht." Möchte das Wort unseres größten Staatsmannes doch von den Lenkern unseres Geschickes immer beherzigt werden! Die parlamentarische Regierungsform würde der Anfang vom Ende deutscher Herrlichkeit sein; die Kraft unseres Heeres, die auf einem einheitlichen Willen beruht, würde geschwächt und so allmählich der Verfall des deutschen Volkes herbeigeführt werden. Und das sollte das Ergebnis dieses entsetzlichen, uns aufgezwungenen Krieges sein?! Man vergesse doch nicht, daß England, der Anstifter des Krieges, alles aufbietet, unser teures Vaterland für alle Zeiten niederzuschlagen. Nicht weniger wie 26 Staaten standen uns nach der erzwungenen Kriegserklärung Siams gegenüber, — ein Erfolg englisch-amerikanischer Politik. 102 Millionen Geviertkilometer mit 1329 Millionen Menschen stehen uns und unseren Verbündeten bei 2¼ Millionen Geviertkilometern mit 148 Millionen Menschen gegenüber! Bis zum 1. Oktober 1917 beziffern sich in den kriegführenden Staaten die Kriegskosten auf zusammen 460 Milliarden, wobei die Entente mit 300 Milliarden, die Mittelmächte mit 160 Milliarden beteiligt sind, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Deutschland 1400 Mk., in Frankreich 2000 und in England 2500 Mk. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben bis zum Abbruch der Beziehungen mit uns nicht weniger wie 40—50 Milliarden Mark verdient; sie sind jetzt auf dem besten Wege, sich dieses Ueberflusses wieder zu entäußern. Die Ausfuhr unserer Industrie-Erzeugnisse belief sich in den letzten Jahren durchschnittlich auf 9 Milliarden im Jahr, gleich 30 Millionen jeden Arbeitstag! Glauben die Anhänger des Verzichtfriedens, daß Deutschland bei einem faulen Frieden den alten Zustand mit seinen

geschäftlichen Verbindungen wieder herstellen könnte?! Das ist selbst bei einem starken deutschen Frieden nur allmählich zu ermöglichen, bei einem Verzichtfrieden überhaupt ausgeschlossen aus den bereits weiter oben angegebenen Gründen. Einige Angaben über den Wert des Erzbeckens von **Briey und Longwy** seien hinzugefügt, die wir Herrn Kommerzienrat Klöckner-Haspe verdanken. Deutschland verfügt zwar über eine ungeheure Menge Erz, doch ist sie nicht ausreichend; Spanien, Rußland, Schweden und Französisch-Lothringen liefern uns das Fehlende. An der Aufschließung der französischen Felder haben sich deutsche Firmen durch Erwerbung von Konzessionen stark beteiligt. Frankreich ist auf das Becken von Briey nicht angewiesen, denn es ist mit seinen Kolonien das eisenreichste Land in Europa. Briey und Longwy enthalten allein soviel als Deutschland. Wenn wir das Erzbecken von Briey und Longwy nicht behalten, dann werden nach dem Kriege die Deutschland benachbarten, neutral gebliebenen Länder, die bisher zum größten Teil auf Deutschland angewiesen waren, sich unserem Einfluß entziehen und ihren Bedarf aus den Erzbecken Briey und Longwy decken. Nein, nimmermehr darf diese aus so vielen Gründen für uns wichtige Eroberung an Frankreich zurückgegeben werden: es ist bekannt, daß ein französisches, stark befestigtes Longwy unser angrenzendes Gebiet mit der deutschen Roheisenproduktion aufs äußerste gefährdet. Frankreich muß, wollen wir unsere **Kinder und Kindeskinder nicht einem grausigen Schicksal** überantworten, auf absehbare Zeit so geschwächt werden, daß es in Generationen Frieden halten **muß**. Wir kannten den grausamen Charakter der Franzosen, wir wußten, daß selbst wilde Völker nicht solche Scheußlichkeiten zu begehen imstande sind, wie die Franzosen, — indes der 1914 über uns hereingebrochene Krieg übertraf doch alle Befürchtungen! Auf welch niedriger Kulturstufe steht doch das französische Volk, das sich — welch ein Hohn! — das **„ritterliche"** nennen läßt! Den Wilden entschuldigt seine gänzliche Unkultur, den Franzosen nichts, und darum muß dieses **Giftgeschwür** am Körper Europas ausgebrannt werden. Unsere aus französischer Gefangenschaft entlassenen oder ihr entronnenen Soldaten erschaudern unter dem Gedanken an die bei der „ritterlichen Nation" ausgestandenen körperlichen und geistigen Qualen. Man erinnere sich doch des Briefes, den unsere Soldaten bei einem gefangenen französischen Leutnant fanden; darin heißt es: „Ich will mir, sobald wir Trier besetzt haben, einen aus Geheimrätinnenhaut gefertigten Leibriemen und ein ..... aus bayerischer Prinzessinnenbrust anfertigen lassen." Das schreibt ein französischer **Vater** an seinen **Sohn**, der **Oberstleutnant** an den **Leutnant**! Das ist **ein** Exemplar aus den „höheren" Gesellschaftskreisen einer der uns gegenüberstehenden „ritterlichen" Nationen. So wetteifern unsere Feinde, wie in der Lüge und Verleumdung, auch in der **Grau-**

sankeit. Darin liegt System: Deutschland soll nicht gesunde, sondern kranke Männer zurückerhalten, darum werden die in Feindeshand gefallenen Männer — ja selbst die entführten Frauen — körperlich und geistig zugrunde gerichtet. Ich würde Tag und Nacht und wieder Tag und Nacht reden müssen, wollte ich noch einmal all die Schandtaten wiederholen, die nur bisher bekannt geworden sind. Auch die Engländer, die sich — in echt englischer Anmaßung — das „auserwählte" Volk nennen, die von den Einfältigen aller Nationen als ein „stolzes" Volk bezeichnet werden, in Wahrheit ein freches, unverschämtes sind, sie handeln — wir wissen es auch aus dem Munde führender Männer Englands — nicht anders als die Franzosen. Ich brauche nur zu erinnern an **ältere** Schandtaten Englands, an die Greuel in Irland, in Indien, an den Buren, deren Frauen und Kinder eingepfercht und mit voller Absicht zu Tausenden einem grausigen Erschöpfungstode ausgesetzt wurden. Das gleiche Schicksal hatte das „auserwählte stolze" Volk der Engländer unseren Frauen und Kindern durch Aushungerung zugedacht. Selbst die englischen Greueltaten in älterer Zeit verblassen fast gegen die Frevel, die unsere Feinde nicht nur gegen uns verübten, sondern auch gegen solche neutrale Staaten, die ihnen nicht zu Willen waren, — ein einziges Wort genügt: Griechenland! Grausam gegen Schwache und Wehrlose — das ist neben ihrer Lügenhaftigkeit der gemeinsame Charakterzug unserer Feinde. Wie brennt in uns der Wunsch nach Vergeltung und er wird dringender, hören wir unsere aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Brüder, sehen wir andererseits, wie sich die in unsere Hand gefallenen Angehörigen der feindlichen Länder blühender, kraftstrotzender Gesundheit und schonungsvollster Behandlung erfreuen. Von besonders rohen Menschen sagt man, sie seien vertiert. Wie falsch! Das Tier handelt unbewußt, der Mensch und gerade der „Kulturmensch" berechnend, in voller Absicht, zu quälen. Die so handeln, an Wehrlosen Grausamkeiten begehen, dulden oder gar fördern, sie sind nicht wert, Menschen genannt zu werden, ja, sie stehen unter dem Tier, sie sind **mißratene Kreaturen.** Niemals dürfen im deutschen Volk die Schandtaten der Nationen vergessen werden, die an den Gefangenen wollüstig Grausamkeiten verübten, wie sie nicht im schlimmsten Mittelalter ärger ausgedacht waren. Und doch sind da noch immer deutsche Männer, die, nun die schwersten Schlachten geschlagen werden, nichts Besseres zu tun haben, als an der — Versöhnung mit den nichtswürdigen Kreaturen jenseits der Vogesen und jenseits des Aermelkanals, diesen Schädlingen des Menschengeschlechts, zu arbeiten. Ganz gewiß muß der Friede, der starke deutsche Friede, kommen und je eher, desto besser, — aber diesen Elenden nachlaufen, wie das früher leider geschehen ist, das sollte doch jeder deutsche Mann weit von sich weisen, ganz besonders nach diesem Kriege mit seinen furchtbaren Erfahrungen. Eine wahre, aufrichtige

Versöhnung ist unter der jetzigen Generation und auch der kommenden eine Utopie, glattweg eine Unmöglichkeit; in jeder Familie brennen die durch den Krieg geschlagenen Wunden: Die um einen teuren Gefallenen oder gar Hingemordeten trauern, sie werden zeitlebens den Verlust nicht verschmerzen, den Urhebern ihres Schmerzes nicht vergeben; die aber aus schmachvoller Gefangenschaft Heimgekehrten am Körper und vielleicht auch am Geist Geschädigten —, sie werden den nichtswürdigen Feind immer aus tiefster Seele hassen und diesen Haß auch ihren Volksgenossen einimpfen. Das ist menschlich. Mißbrauch der Macht, Vergewaltigung Wehrloser aber, so wie sie sich die Feinde ohne Ausnahme zuschulden kommen ließen, das ist unmenschlich und kann nicht vergessen, geschweige denn vergeben werden.

Unseren **Schulen** sollte es zur Pflicht gemacht werden, das heranwachsende Geschlecht — jetzt und in Zukunft — über die Ursachen des Krieges, seine Urheber, über die Greueltaten eingehend aufzuklären; die Jugend muß darüber aufs genaueste belehrt, sie darf gerade über diesen Krieg, seine Veranlassung und seine Einzelheiten nicht in Unwissenheit gehalten werden. Die heutige Jugend weiß auch über den Krieg von 1870/71, auch über das Vorspiel außerordentlich wenig. Der vaterländische Geist muß mehr gepflegt werden, das muß **eine der schönsten Aufgaben unserer Schule** sein. — So leiden unsere tapferen Beschützer auch in der Gefangenschaft — für uns, wie sie gekämpft haben — für uns. Und in der Heimat, da will man klagen, weil das üppige Leben aus den Friedenszeiten aufgehört hat?! Gewiß, die Entbehrungen fühlen wir oft recht hart, indes, sind wir vom Feinde unmittelbar bedroht? Halten nicht vielmehr unsere Brüder da draußen weit in Feindesland Wacht, daß uns kein Haar gekrümmt wird?, daß wir in Ruhe unseren Geschäften nachgehen können?! Da gibt es wirklich in der Heimat Menschen, die verzweifeln wollen, weil ihnen — dies oder jenes nicht mehr schmeckt, weil sie auch wohl manchmal trockenes Brot essen müssen?! Wären unsere feldgrauen Brüder nicht froh, hätten sie im verschlammten Schützengraben nur immer auch nur trockenes Brot!? Das sollen doch die **Klageweiber jeden Geschlechts** und Standes nicht vergessen, — sie sollen sich schämen. Begreiflich sind die Klagen des Mittelstandes, nicht über das verlorene üppige Leben aus den Friedensjahren — der Mittelstand, der kleine Beamte, sie hatten es nie üppig —, er ist wirklich übel daran, er hat schwer zu kämpfen, anders als die **Arbeiter**, die zum größten Teil mit Herstellung von Munition und anderen für das Heer nötigen Dingen beschäftigt sind und über sehr hohe Einnahmen verfügen, die sich verdoppelt, verdreifacht haben, sich sogar noch höher stellen und das Einkommen manches studierten Mannes weit überschreiten. So sind unsere Arbeiter vor Not gesichert, ja, sie konnten erhebliche Ersparnisse machen und diese — so ist zu erwarten! — in Ausübung einer

vaterländischen Pflicht den **Kriegsanleihen** zuführen. Auch sie wünschen keinen faulen Frieden, sie wissen, daß damit ihr Schicksal besiegelt sein würde.

Den Verfechtern eines starken deutschen Friedens machen die Anhänger der Friedensentschließung vom 19. Juli zum Vorwurf, sie wollten „alles behalten, was unsere Truppen erobert haben." Nichts ist falscher als das. Der starke deutsche Frieden soll das deutsche Vaterland vor einem gleichen Unglück, wie es durch die Ruchlosigkeit Englands und seiner Vasallen über uns hereingebrochen ist, nach menschlichem Ermessen bewahren, das kann aber nur durch **Erweiterung unserer Grenzen** erreicht werden. In dieser Forderung und in dem weiteren Verlangen nach angemessener **Kriegsentschädigung**, die gezahlt werden **muß** — in welcher Form, wird sich bei den Friedensverhandlungen ergeben —, sehen die Verzichtfreunde ein Verbrechen, über den Vernichtungswillen der Feinde aber gleiten sie hinweg, als ob es diesen damit nicht Ernst wäre. Erst kürzlich hat der Engländer Churchill in Uebereinstimmung mit der zwischen Poincaré und dem Zaren getroffenen, schon erwähnten Vereinbarung für Frankreich nicht nur **Elsaß-Lothringen,***) sondern auch das linke Rheinufer gefordert. Ribot hat u. a. die „Desannexion" Elsaß-Lothringens gefordert, Belgien soll auf Kosten Deutschlands vergrößert werden und so ad infinitum. Die deutschen Verzichtfreunde stört das nicht in ihren Plänen. Wir werden die Desannexion der **Franche Comté**, dieses urdeutschen Landes, auch Belforts (**Belfort** ist der alte deutsche Name) fordern müssen! Nein, die Richtung Erzberger-Scheidemann-Haußmann darf nicht triumphieren, die Mehrheit des Volkes hat sie nicht hinter sich. Für uns, die wir für den deutschen Sieg, für den starken deutschen Frieden eintreten, sind allein ausschlaggebend die Taten unseres Heeres, unserer Flotte, das Wort Hindenburgs „Der Sieg ist unser, wenn wir wollen." Und das deutsche Volk in seiner Mehrheit **will** den Sieg, es will ihn auch ausnutzen. Das verlangt das in Strömen geflossene deutsche Blut. Die Blutopfer hätten nicht diesen furchtbaren Umfang angenommen, hätte sich die Regierung durch das Verhalten des Reichstags nicht gehindert gesehen, die notwendigen Mittel zur Verstärkung des Heeres rechtzeitig zu fordern. So wurde erst fast unmittelbar vor Kriegsausbruch die letzte größere Wehrvorlage eingebracht, somit zu spät. Wäre die Verstärkung früher erfolgt, so hätten unserer Obersten Heeres-

*) Ein Wort über Elsaß-Lothringen: In Deutschland ist nun gerade oft genug erklärt worden, daß wir an Auslieferung Elsaß-Lothringens gar nicht denken. Ich bin der Ansicht, daß wir uns sehr viel vergeben, wenn wir immer wieder auf derartige Anspielungen eingehen, mögen sie kommen von welcher Seite immer; nur schon ein solcher Gedanke ist angesichts unserer Siege Hohn, Beleidigung. Wir müssen uns endlich auf den Standpunkt stellen, daß Elsaß-Lothringen für uns genau dasselbe bedeutet wie jedes andere Glied des Deutschen Reiches — — selbstverständlich. Ueber Elsaß-Lothringen sprechen wir überhaupt nicht mehr; haben andere ein Vergnügen daran, sich über Elsaß-Lothringen zu unterhalten, so wollen wir sie nicht mehr darin stören.

leitung bei Kriegsausbruch an ausgebildeten Truppen viele Hunderttausende mehr zur Verfügung gestanden, die Marneschlacht hätte eine für uns günstigere Wendung, der Krieg damit ein schnelleres Ende genommen. Wir müssen aber jenen Männern danken, die trotz aller Anfeindungen unbeugsam für Erhaltung unserer Heeresmacht wenigstens auf dem alten Stande eintraten, auch durchsetzten, daß die letzte Wehrvorlage angenommen wurde. Unsere Heeresverstärkung blieb aber dennoch weit zurück hinter jener Frankreichs, trotz seiner um ein Drittel geringeren Bevölkerung.

Wie schon gesagt, fehlte es uns bei Ausbruch des Krieges an einer genügenden Zahl **ausgebildeter** Truppen. Das Versäumte konnte erst im Laufe des Krieges nachgeholt werden, also zu spät, um den Krieg auf eine kürzere Dauer zu beschränken. — So hatte unsere übel angebrachte Sparsamkeit die Gegner in ihren Kriegsabsichten bestärkt, unsere wirtschaftliche Entwicklung wurde durch den Krieg jäh unterbrochen, wie gerade das unser **Todfeind England** wollte.

Noch einmal sei es betont: Die **konservativen Grundsätze** sind in diesem Kriege glänzend gerechtfertigt: Das Heer und die Flotte, die landwirtschaftlichen Schutzzölle nicht minder wie die industriellen, — sie haben sich voll bewährt. Die konservative Partei wird, unbeirrt durch Angriffe und Verleumdungen, wie bisher ihre Pflicht tun, zum Heile des engeren Vaterlandes, des Reiches, der monarchischen Verfassung, welcher man mit der Demokratisierung und der parlamentarischen Regierungsform ans Leben will. Ein englisches Blatt, Londoner „World" war es, das ehrlich zugab, die Deutschen würden eine Narrheit begehen, wenn sie ihre wirksame Regierungsform durch eine demokratische ersetzten. Die demokratische Presse verschweigt wohlweislich ihren Lesern diese vernünftige Aeußerung aus Feindesmund, weil sie nicht an sich selbst Haraliri begehen will. Der festgefügte monarchische Bau Preußens und des Reiches hat in der konservativen Partei immer die stärkste und zuverlässigste Stütze gehabt. **Solange der konservativen Partei ihr ganz natürlicher Einfluß nicht genommen und solange an der monarchischen Verfassung nicht gerüttelt wird, die königlichen und kaiserlichen Rechte nicht geschmälert werden, solange ruht das Reich, das nicht seinesgleichen hat, auf der sicheren Grundlage, auf welche es Kaiser Wilhelm I. und sein großer Kanzler gestellt hat.** Unter dem neuen Kanzler hoffen wir die dem Kaiser und König nach der Verfassung zustehenden Rechte gesichert, auf die Unterstützung der Konservativen kann der Kanzler unbedingt rechnen; aber nicht nur diese, sondern das ganze deutsche Volk ist das dem kaiserlichen Herrn, dem wir in sechsundzwanzig reichgesegneten Friedensjahren einen Aufstieg ohnegleichen verdanken, schuldig. Es sei hier auch an die Erwerbung **Helgolands**, das Werk unseres Kaisers, erinnert. Hätte unsere Flotte wohl ihre großen Taten ohne den Stützpunkt Helgoland vollbringen können?! Immer war unser Kaiser bemüht,

den Frieden zu erhalten, ihn zu sichern. Herr v. Bethmann Hollweg erzählte einmal, unser Kaiser habe nach Worten förmlich gerungen, als er in den letzten Julitagen des Jahres 1914 den Zaren umzustimmen versuchte. Das hat auch der Suchomlinow-Prozeß bestätigt: Unser Kaiser hätte den Krieg verhindert, wäre nicht alles an dem wankelmütigen, schwachen Charakter des Zaren, der von seinen Generalen hintergangen, belogen war, gescheitert. Wir erfahren jetzt auch, daß unser Kaiser im Interesse des Friedens selbst während des russisch-japanischen Krieges bemüht war, mit Rußland ein neues Bündnis zu schließen, ja, auch Frankreich dafür zu gewinnen. Wäre der Plan geglückt, der Friede wäre uns auf lange Zeit erhalten geblieben. Von großem Wert ist die Veröffentlichung jener Verhandlungen zwischen unserem Kaiser und dem russischen auch trotz ihres Scheiterns, weil nun niemand mehr auch nur mit dem Schein eines Rechtes behaupten kann, Deutschland habe einen Angriff auf Frankreich geplant. So handelte Kaiser Wilhelm als aufrichtiger Friedensfürst, der als wahrer Vater seines Volkes nichts Höheres kennt als die Wohlfahrt seiner Landeskinder. Von seiner Thronbesteigung an hat unser Kaiser auch an dem inneren Frieden gearbeitet; er hoffte, daß es seiner versöhnlichen Haltung gelingen würde, die Sozialdemokratie für rein deutsche Interessen zu gewinnen. Er sah sich schwer getäuscht. Doch als die Stunde kam, da er sein Volk zur Verteidigung des Vaterlandes aufrief, und als die Hunderttausende auch freiwillig kamen, da verzieh er, der großherzige Kaiser, allen, die für seine Güte und Liebe nur Spott hatten, die ihm Unrecht getan. Soll unser Kaiser sich noch einmal getäuscht sehen?! Muß er nicht das Verlangen nach Demokratisierung, nach Einführung der parlamentarischen Regierungsform als schweren Undank empfinden? Und die Radikalsten scheuen sich nicht, sogar Schmälerung der kaiserlichen Rechte zu fordern! Möge der Reichskanzler derartige Gelüste im Keime ersticken! Wir wollen keinen Schattenkaiser, wir wollen das Kaisertum so, wie es Bismarck 1871 zum Heile unseres schönen Vaterlandes schuf. Unsere Feinde wissen besser wie die deutschen Verfassungsstürmer, was Deutschland an seinem Kaiser hat, — darum die wütenden, gehässigen Angriffe gegen ihn, den Mann, der in seiner starken Person deutsche Kraft und Größe repräsentiert. Folgen wir unserem Kaiser, folgen wir seinem großen Feldmarschall v. Hindenburg, nicht den Verzichtmännern vom 19. Juli 1917, die, obwohl kein Anlaß dazu gegeben ist, jetzt sogar eine Kanzler-Krisis konstruieren, — sie, deren Mandat eigentlich abgelaufen ist, die sie gewissermaßen also nur geduldet sind! An **Hindenburgs** Geburtstag sprach unser Kaiser die Worte: „Möge aus dem siegreichen Ende des Kampfes Deutschland als ein starker, gesunder und geachteter Staat hervorgehen.“ Durch einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 werden wir den Wunsch des Kaisers und

damit des ganzen Volkes nicht erfüllt sehen. Und Hindenburg sprach an seinem Geburtstage ein Wort, das alle die, gegen welche es gerichtet ist, hoffentlich beherzigen werden: „Kämpfen Sie mit mir gegen jene wenigen im Lande, die noch weichlich und flau sind.“ Und weiter mahnte er: „Kein Wort mehr vom Frieden, bis die blutige Arbeit vollendet und der Sieg unser ist. Das muß des ganzen deutschen Volkes Losung sein. Vertrauet, daß Deutschland erreichen wird, was es braucht, um für alle Zeit gesichert dazustehen.“

Wem könnten wir wohl ein größeres Vertrauen schenken als unserem Kaiser und unserem Hindenburg — sie sind es, die mit Gottes Hilfe unser deutsches Vaterland stark und für alle Zeiten gesichert aus diesem schweren Kampfe siegreich herausführen werden.